

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 1382 62  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 1212 18

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Die Gewerkschaften fordern

**Aufhebung der Verordnung — Öffentliche Arbeitsbeschaffung — Gesetzliche 40-Stunden-Woche — Keine Lohnquetscherei**

Wie schon durch die Tagespresse bekannt geworden ist, hat der Reichswehrminister von Schleicher den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Besprechung eingeladen, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen. Sie haben dem Minister auseinandergesetzt, was getan werden muß, um den dringendsten Übelständen abzuwehren. Insonderheit haben sie die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen vom 5. September betont, außerdem sich für eine sozial vernünftige Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Ministers hat der Vorstand des ADGB seine Forderungen brieflich eingereicht. Aus dem Schreiben seien nun die wichtigsten Stellen wiedergegeben:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungs-Prämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Mark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des ADGB sind im ganzen Reich in 943 erfaßten Betrieben, die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigt hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben sind umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergutscheine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von elf Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichtserstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverzweigten Organisationen mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgesehene Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Arbeitseinstellungen fanden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgebern einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichtserstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben,

	in Fällen	für Beschäftigte
blieb die Arbeitszeit unverändert . . .	528	129 811
wurde die Arbeitszeit verlängert . . .	250	58 117
wurde die Arbeitszeit verkürzt . . .	165	45 959

Verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuergutscheine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuergutscheine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuergutscheine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Krediterschöpfung in gewissen Grenzen möglich und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht zeitigt hat. Der größte Teil der jetzigen Steuergutscheine verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussehen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden. Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/2 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitsloser unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben; die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangetastet bleiben.

Zur Erhärtung der obigen Darlegung werden nun die Ergebnisse der statistischen Erhebungen des ADGB angeführt. Sodann werden die Forderungen der Gewerkschaften noch einmal kurz hervorgehoben:

Das Versagen des Anreizsystems der Prämien-Steuerergutscheine wird noch mehr durch die Verteilung der Neueinstel-

lungen auf einzelne Industriezweige ebenso wie durch die Gliederung der Neueingestellten nach Alter und Geschlecht unterstrichen. Von der Notverordnung versuchten — auf Kosten der Arbeiterschaft und der Steuerzahler — diejenigen Industrien zu profitieren, die aus besonderen Gründen (Konjunktur, öffentliche Aufträge, Saison) sowieso neue Arbeitskräfte einstellen mußten! Dabei haben sie die Einstellung von billigen weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften der gleichmäßigen Erweiterung ihrer Belegschaft vorgezogen.

Das System des Anreizes funktioniert einfach nicht. Solange den Betrieben kein Absatz für die zusätzlich erzeugten Waren gesichert ist, können sie ihre Produktion nicht erweitern. Der für die Prämien bei den Neueinstellungen in Aussicht gestellte Fonds von 700 Millionen kann auf diese Weise in abschbarer Zeit nicht verwertet werden. Daraus ergibt sich, den freibleibenden Betrag dieses Fonds unverzüglich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

Das durch die Verordnung vom 5. September geschaffene System des Tarifbruchs hat ebenfalls versagt. Es hat die ganze Wirtschaft in Beunruhigung versetzt, um einem Häuflein von Arbeitgebern — die kaum die tüchtigsten im Reiche sind — eine neue Lohnersparnis zu ermöglichen. Dieses Ergebnis begründet unsere Forderung: Die Notverordnung vom 5. September sowie ihre Ergänzung vom 14. September sind außer Kraft zu setzen.

## Unergötliche Regierungsbilderei

Seit drei Wochen ist nun die Regierungsbilderei im Gange. Da hierbei unsere edlen Junker Vorarbeiter sind, darf man sich nicht wundern, daß das Geschäft sehr mies gegangen ist und wahrscheinlich sehr mies erledigt werden wird. Wiederholt wurde der Wehrminister von Schleicher ganz bestimmt als der kommende Regierungschef genannt, zuweilen sollte Herr von Papen die beste Aussicht haben, sich durch eine neue Kanzlerschaft noch unvergesslicher zu machen, und stundenweis stand sogar der Oberosaf Hitler als künftiger Reichsschulze im Vordergrund des Geredes. Allein, je bestimmter berichtet wurde, desto unbestimmter wurde es mit der Regierungsbildung. Und jetzt, am Morgen des 2. Dezember, ist die Kabinettskrise verworren als je. Was bestätigt wird durch die Meldung, der Herr Reichspräsident sei vor neue schwere Entscheidungen gestellt.

Bei jeder Gelegenheit, besonders bei den politischen Wahlen, haben sich die Spitzenreiter der nationalen Parteien als Retter des Volkes aufdringlich in Erinnerung gebracht. Wie es mit der Kunst dieser Retter bestellt ist, hat uns der Favorit des Herrenklubs in seiner sechsmonatigen Hürdenhopserei eindrucksvoll genug gezeigt. Wenn er oder einer wie er noch einmal dazu käme, das deutsche Volk zu retten, dann wäre bestimmt nichts mehr zu retten da. Dessenungeachtet halten sich Politikanten dieses Kalibers zum Regieren berufen.

Von den verschiedenen Sippen wird, worauf alle Zeichen hindeuten, hinter den Kulissen ein Kampf auf Leben und Tod um die Regierung, um die Staatsmacht, um die öffentliche Krippe geführt. Jede dieser Sippen von Rettern will vor allem sich selbst retten, wobei sie vielleicht gar meinen, das Volk werde dadurch ebenfalls gerettet. Ein Skandal sondergleichen bleibt es jedenfalls, daß das Schicksal eines Volkes von sechzig

Nicht minder kläglich ist das Anreizsystem in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durchgefallen. Die Notverordnung wollte die Arbeitgeber durch die Prämien zum Übergang zur Vierzigstundenwoche anreizen und auf diese Weise den Zwang der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitswoche vermeiden. Die Erhebung des ADGB zeigt aber, daß in den Betrieben, die von der Notverordnung vom 5. September Gebrauch gemacht haben, die Arbeitszeit in größerem Umfang verlängert als verkürzt worden ist: den 250 Betrieben mit 58 117 Beschäftigten, die die Arbeitszeit verlängert haben, stehen nur 165 Betriebe mit 45 959 Beschäftigten gegenüber, in denen die Arbeitszeit gekürzt worden ist. Mit dem Spiel des Anreizes zur Arbeitszeitverkürzung ist Schluß zu machen. Die Vierzigstundenwoche muß unverzüglich gesetzlich durchgeführt werden.

Der verschwindend geringe Umfang der Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vom 5. September ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das System der Steuergutscheine die bekannten prahlerischen Versprechungen des Reichskanzlers von Papen nicht gerechtfertigt hat. Ihr größter Teil verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft auf dem Verbrauchsgütermarkt und bleibt in den Händen der Privaten als Steuerzahlungsmittel für die Zukunft. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, das System der Steuergutscheine auf die Weise umzugestalten, daß es eine Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten schafft.

Die bisherige Verwendung der 2,2 Milliarden M an Steuergutscheinen stellte im wesentlichen eine Vergeudung des zukünftigen Volkseinkommens dar. Die Aktion muß auf die Weise umgebogen werden, daß der noch frei zu machende Betrag — in der Größenordnung von etwa 1 1/2 Milliarden M — wirklich produktiv verwertet wird. Mit diesem Betrage können etwa 1 Million Arbeitslose unverzüglich wiederbeschäftigt werden.

Millionen einer derartigen Balgerei ausgeliefert ist. Daß sieben Millionen Arbeitslose vorhanden sind, die nicht wissen, wie sie die Schreie des Magens stillen sollen; daß das wirtschaftliche Leben weiter eindort, daß der Ruf Deutschlands in der Welt immer tiefer sinkt — das alles scheint die Herrschaften nicht zu kümmern, die sich um die Staatsmacht balgen.

Die Gänsehaut treibenden Einzelheiten dieser Regierungskrise zeigen mit letzter Deutlichkeit, wohin es führt, wenn Massen von Wählern dem Wahn verfallen, von den sogenannten nationalen Parteien sei irgend etwas Gutes für das Volk zu erwarten. Diese Parteien sind nichts als Apparate des Dummenfangs reaktionärer Interessentenhäufen schlimmster Sorte. Die nationale Phrase dient ihnen zur Verbrämung ihrer wahren Absichten. Diese Interessentenhäufen können nicht einmal sich selbst helfen, geschweige dem Volk. Ihr Tun und Treiben, ihre Katzbalgerei um die Macht hat nur den Zweck, das Volk für die Fütterung und Erhaltung der Interessentenhäufen einzuspannen. Alles andere ist Humbug.

Was weiter werden soll, mögen die Götter wissen. Ein Ausweg aus dem entsetzlichen Engpaß ist schwerlich denkbar, solange die Interessentenhäufen nicht dorthin geschoben sind, wohin sie längst gehören. Der handgreiflichen Gefahr des völligen Verkommens ist nur noch durch eine beherzte Aktion der Arbeiterschaft zu entinnen; durch eine Aktion, die von keinem Interessentenhäufen beschwert oder beeinflußt wird. Eine andere Rettungsmöglichkeit ist nicht mehr zu erspähen. Die nächsten Aufgaben dieser Aktion sind in dem Schreiben des ADGB an den Wehrminister nachzulesen, das an anderer Stelle dieser Zeitung abgedruckt ist.

## Wider den Wehrsport

Der Erweiterte Beirat unseres Verbandes hat in seiner letzten Sitzung (siehe Nr. 48 der MZ) unter anderem auch die Frage des Wehrsports erörtert. Den Anlaß zu der Erörterung gab die Kunde, daß eine Organisation oder Person, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, der Beteiligung an dem Wehrsport nicht abgeneigt seien. Der Wehrsport an sich wie die Teilnahme an ihm wurden in der Beiratssitzung von jedem Redner, der dazu sprach, entschieden abgelehnt. Der Beirat stimmte dem mit gleicher Entschiedenheit und einmütig zu: eine Arbeiterorganisation darf sich unter keinem Grunde oder unter keinem Vorwand an dem Wehrsport beteiligen.

Für die planmäßige Pflege des Wehrsports legen sich Stellen ins Zeug, denen man weder Arbeiterfreundlichkeit noch demokratische Gesinnung nachsagen wird. Man geht kaum fehl, wenn man dieses Unternehmen mit der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ des Kabinetts der Barone in Verbindung bringt. Eines der hervorragendsten Merkmale dieser scharmanten Staatsführung ist der Abbau der sozialen Unterstützung und der Löhne und gleichzeitig eine außergewöhnlich reiche Beschenkung der verschiedenen Gruppen der Kapitalistenklasse. Strengste Sparsamkeit bei den Armen, liberale Freigebigkeit für die Reichen.

Die Sparsamkeit beschränkt sich keineswegs auf Löhne und soziale Unterstützung, sondern wird auch beim Schulwesen nachdrücklich geübt. Die Ausgaben zur körperlichen und

geistigen Erziehung der Jugend sind nachhaltig beschnitten, für die Einrichtung von Werkstätten für die erwerbslose Jugend mangelt angeblich das Geld. Bei den notwendigsten kulturellen und sozialen Aufgaben wird gespart — für militärische Dinge aber scheint Geld in Fülle da zu sein.

Ein „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ ist geschaffen worden mit einem landweiten Apparat, der aus 13 Landesstellen und wohlbesetzten Büros besteht. Dem Kuratorium steht der General von Stülpnagel vor, und in seiner zahlreichen Gehilfenschaft wiegen adlige Namen vor. Das Kuratorium wird demnach von Leuten befruchtet und verwaltet, die schon nach ihrer geistigen Beschaffenheit nichts mit den Notwendigkeiten und Nöten der arbeitenden Bevölkerung zu tun haben können. In dem Kuratorium sind die Nationalsozialisten, der Stahlhelm, der Reichsjugendlandbund und der Kyffhäuserbund vertreten.

### Aus dem Inhalt

	Seite
Die Gewerkschaften fordern — Unergötliche Regierungsbilderei — Wider den Wehrsport	295
Ein fragwürdiger Sanierungsvorschlag — Auch in der Krise noch Dividenden	296
Stahlbad Anno 17 — Metallfix	297
Jugendliche Erwerbslose auf Selbsthilfe —	298
Neuer Streik in Danzig — Die internationale Rüstungsindustrie — Kreatur im Hüttenwerk	299
Das ist der Wohlfahrtsstaat — Schriftenschau	300

Wenn nichts anderes, so zeigt diese Vertreterschaft, wessen Zwecken das Kuratorium dient.

Selbstverständlich sind wir nicht gegen die Ertüchtigung der Jugend, und sind es nie gewesen. Aber wir sind der Meinung, daß dazu die Personen, die das Kuratorium bilden, nicht geeignet sind, die Jugend, bestimmt nicht die Kinder der Arbeiter, zu erziehen.

Es wird von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß diese Gründung nur den Zweck habe, eine Art Schutztruppe für die „autoritäre Regierung“ zu schaffen.

Noch dargelegter, als wir aus allgemeinen Gründen gegen dieses Unternehmen sind, sind wir gegen die Beteiligung der proletarischen Jugend. Deren Teilnahme etwa damit begründen zu wollen, daß dadurch auch die Arbeiterorganisation der staatlichen Mittel, die für das Kuratorium ausgeworfen werden, teilhaftig werde und ein Teil der erwerbslosen proletarischen Jungen unter Dach und Fach gebracht werden könnte, halten wir, um es ganz milde auszudrücken, für abwegig.

Von welcher Seite immer wir dieses neueste Stück der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ mustern, es muß von uns in jedem Betracht abgelehnt werden.

### Papens Wirtschaftsankurbelung im Ruhrgebiet

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Eisenindustriellen als die Geburtshelfer der Notverordnung vom 4. und 5. September angesehen werden können. Die schwerindustrielle Presse orakelte vor der Reichstagswahl von der nun beginnenden Ankerbelung der Wirtschaft, und wer das nicht recht glauben wollte den tat diese Presse in Acht und Bann.

Den § 7 der Notverordnung (Lohnkürzung wegen Notleiderei des Betriebs) wollte man nicht anwenden, weil man da gezwungen gewesen wäre, die ganze Finanzgebarung aufzudecken, was die Schwerindustriellen bekanntlich scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Im Industriegebiet (einschließlich Bielefeld und Münsterland) haben bis zum 5. November 43 Betriebe (ohne die handwerksmäßigen Kleinbetriebe), darunter 5 mit über 1000 Arbeitern, 6 mit über 500 bis 1000 Arbeitern, 14 Betriebe mit über 100 bis 500 Arbeitern und 18 Betriebe mit 1 bis 100 Arbeitern, kurz mit einer gesamten Arbeiterzahl von 42.000, die Notverordnung angewandt, während die Gesamtbelegschaft im engeren Industriegebiet von Düsseldorf bis Hamm laut amtlicher Statistik 102.957 Arbeiter (August 1932) beträgt.

Zu alledem kommt die unheilvolle Kontingentierung der Einfuhr durch die Papen-Regierung. Die Bielefelder Nähmaschinen- und Maschinenindustrie, die Emailleindustrie im Ahlener Becken und die Werkzeugmaschinenindustrie in Düsseldorf, die vorwiegend ausführen, leiden stark unter dieser Politik, und da den Letzten die Hände heißen, hat die Arbeiterschaft unter den Folgen der Kontingentierung am meisten zu leiden.

Das vorliegende Beispiel illustriert treffend die „Ankerbelung der Wirtschaft“ durch die Papen-Regierung. Noch einige Wochen so weiter, und das Wenige, was noch an Arbeit in der Maschinen- und Kleinindustrie vorhanden ist, verschwindet auch noch.

### Auch in der Krise noch Dividenden

Eine amtliche Aufstellung über die Abschlüsse deutscher Aktiengesellschaften, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 1932 veröffentlicht wurden, bringt das Novemberheft von Wirtschaft und Statistik. Die Untersuchung umfaßt zwar nur 85 Unternehmungen, die aber alle große Millionärgesellschaften mit einem Gesamtkapital von 13 Milliarden M darstellen.

# Ein fragwürdiger Sanierungsvorschlag

Von Dr. Friedrich Schlünz

Die Vereinigten Stahlwerke sind ein schwerindustrieller Konzern mit 800 Millionen M Aktienkapital, einer langfristigen Verschuldung von 483 Millionen M und kurzfristigen Verpflichtungen, die man mit rund 600 Millionen M bewerten darf.

Der Vermögenswert des größten deutschen Stahltrusts liegt bei rund 1 Milliarde M. Er liegt noch immer so hoch, wie er zur Zeit der Gründung war, obwohl inzwischen die gesamten Werke mit den vollendetsten Zechenanlagen, Kokereien, Hochöfen und Stahlwerken ausgerüstet worden sind und der Produktionsprozeß völlig umorganisiert ist.

Die 800 Millionen Aktienkapital der Vereinigten Stahlwerke verteilten sich 1926 bei der Gründung zur Hauptsache auf die drei Gruppen Rheinlbe-Union mit der Gelsenkirchener Bergwerks AG, die ursprünglich einmal Stinnes gehört hatte und unter der Führung Vöglers in das neue Unternehmen einging, auf die Thyssengruppe, dem Hütten- und Bergwerksbesitz der Familie Thyssen, und auf die Phönix-Rheinlbe-Gruppe, auf die Otto Wolff wesentlichen Kapitaleinfluß ausübte.

Flick hatte seinen Einfluß wie Otto Wolff im Westen im wesentlichen nicht auf Eigenkapital, sondern auf Bankkredite aufgebaut. Mit sinkendem Absatz mußte der Zinsdruck dieser Kreditlasten stetig steigen. Das Schwergewicht des Vermögens lag bei Flick nicht in der GBAG, sondern in den Mitteldeutschen Stahlwerken, die er ebenfalls durch geschickte Kreditmanipulationen in Zusammenarbeit mit Dr. Kehr von der Deutschen Bank an seinen ursprünglichen Besitz, die Charlottenhütte im Sieger Land, angegliedert hatte.

### Wie werden die Arbeitslosen unterstützt?

Nach den Berichten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung stieg im Laufe des Monats Oktober d. J. die Gesamtzahl der Arbeitslosen um 6689 auf 5 109 439. Davon erhielten nur 581 679 oder 11,4 vH Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, dagegen 1 138 733 oder 22,3 vH aus der Krisenfürsorge, und 2 140 508 oder 41,9 vH waren Wohlfahrts-erwerbslose.

Noch drastischer tritt die Abwanderung in die Wohlfahrts-pflege im Erscheinung, wenn die Zahlen vom Oktober 1931 zum Vergleich herangezogen werden. Es wurden laut Angabe der Arbeitsämter gezählt:

	Ende Oktober	Ende Oktober	+ = Zunahme	- = Abnahme
Arbeitslose	4 623 480	5 109 439	+ 485 959	= 10,5 vH
Versicherungsunterstützte	1 184 700	581 679	- 603 021	= 50,9
Krisenunterstützte	1 350 252	1 138 733	- 211 519	= 15,7
Wohlfahrts-erwerbslose	1 302 996	2 140 508	+ 837 512	= 64,3
Nichtunterstützte	785 532	1 248 519	+ 462 987	= 58,9

Deutlich wird hier gezeigt, wie trotz Zunahme der Arbeitslosen die Unterstützungslast von der Arbeitslosenversicherung auf die Wohlfahrtsämter der Städte und Gemeinden abgewälzt wird. Um nicht weniger als 50,9 vH sank innerhalb eines Jahres die Zahl der Versicherungsunterstützten, während die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen um 64,3 vH anstieg.

Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß die Zahl der Nichtunterstützten in dem gleichen Zeitraum von 785 532 auf 1 248 519 oder um 58,9 vH gestiegen ist und bei den Unterstützten die Sätze laut Papen-Notverordnung vom 14. Juni d. J. ganz wesentlich eingeschränkt und gekürzt worden sind, so kann man daraus ersehen, wie sich in der letzten Zeit die Lebenslage der Arbeitslosen verschlechtert hat.

### Maschine und Arbeitslosigkeit

Auf der Tagung des Vereins deutscher Ingenieure erregte der Besatzungsgegenstand: „Maschine und Arbeitslosigkeit“ die größte Aufmerksamkeit. Die eintätigen Ausführungen hierzu machte Prof. E. Heidebrock. Der Redner führte dazu aus: „In Deutschland stehen zur Zeit 32 Millionen Erwerbstätigen 60 Millionen mechanische Pferdekkräfte zur Seite. Es entfallen daher, wenn man die Leistung einer menschlichen Arbeitskraft mit 0,1 PS gleichstellt, rund 20 „Maschinen-Arbeiter“ auf eine

Das Reich trat aber damit in die Majorität der Aktien der Vereinigten Stahlwerke ein.

Hatte einmal das Reich durch den Erwerb dieses Kapitales eine hohe Überzahlung gemacht, so scheint es jetzt noch mehr als bluten zu sollen. Einer der ersten Schritte der Regierung Papen war, den Bankdirektor Dr. Hans von Flotow vom Bankhaus Hardy & Co., das der Deutschen Bank nahesteht, nach dem Westen zu schicken, die Verhältnisse der Vereinigten Stahlwerke zu untersuchen und zu sanieren.

Die Rechnung, die hier aufgemacht wird, ist recht beachtenswert. 100 Millionen hat das Reich für die 125 Millionen Flickscher Kredite bezahlt. Dafür soll es jetzt aus der Gelsenkirchener Bergwerks-AG mit den Essener Steinkohlenbergwerken abgefunden werden. Man kalkuliert die 100 Millionen folgendermaßen heraus: 60 Millionen ist die Zeche Dorstfeld von der Essener Steinkohle wert.

Die Essener Steinkohlenbergwerke wurden Ende 1929 mit ihrem Aktienkapital zu 52 Millionen M bewertet. Sie wurden zu einem Kurs von 133 vH übernommen. Bezahlt wurde der Börsenwert. Der Börsenwert der GBAG-Aktie ist gegenwärtig 38 vH.

Durch das Geschäft, das Flotow vorschlägt, erhält einmal das Reich für sein Kreditpaket von 125 Millionen, das es mit 100 Millionen schon um 40 vH zu hoch bezahlt hat, ganze 19 Millionen von den Vereinigten Stahlwerken zurück. Die Vereinigten Stahlwerke sind damit nicht nur billig den Majoritätseinfluß des Reiches auf die GBAG los; sie haben damit den gesamten politischen Einfluß des Reiches auf die Schwerindustrie ausgeschaltet.

lebende Arbeitskraft. Die mechanisierten Betriebe haben in den letzten 30 Jahren so große Fortschritte gemacht, daß man heute 60 bis 80 Millionen Menschen einstellen mußte, um das gleiche Produktionsergebnis mit Handarbeitern zu erzielen.

Auch Prof. Heidebrock gibt zu, daß der technische Fortschritt in den letzten Perioden vielfach übersteigert wurde. Die Technik habe es der Wirtschaft zu leicht gemacht, Augenblickskonjunkturen auszunutzen. Der technische Fortschritt sei, an den Maßstäben unseres Wirtschaftssystems gemessen, zu billig zu haben.

Wir fügen hinzu, daß die Verkürzung der Arbeitszeit hierfür das geeignete Mittel ist. Dies scheinen auch Unternehmer einzusehen, denn Prof. Heidebrock gab im Namen der Herren Karl Bosch (IG Farben), Robert Bosch (Bosch-Werke), Dr. Koettgen (Siemens) und Krupp eine Erklärung ab, wonach es als Pflicht betrachtet wird, in den eigenen Betrieben soviel Arbeitskräfte wie irgend zugänglich zu beschäftigen.

### Berlins Größe in Zahlen

Die Stadt Berlin hat 7500 Straßen. Die kürzeste davon ist 25 m und der längste einheitliche Straßenzug 22 km lang. Die Verkehrsdichte einiger Straßen Berlins geht aus folgenden Zahlen hervor: Während einer 14stündigen Beobachtungszeit verkehrten Unter den Linden am Brandenburger Tor 16 477 Fahrzeuge, mithin stündlich 1177, nach beiden Richtungen. Die Streckenlänge der Wasserläufe für den Schiffsverkehr innerhalb des Weichbildes der Stadt Berlin beträgt insgesamt 185 km.

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Ich blicke die Kameraden an, jeder von uns in den drei Gruppen ist bleich im Gesicht... sogar Sievers hat die Augen wie im grenzenlosen Staunen aufgerissen... mahlt mit dem Unterkiefer... sein Gesicht ist äußerste Erregung... Wieder brüllt der Betrunkene los: „... will ich wissen... hierher marsch marrrsch...“ er stiert im plötzlichen Erkennen Kohlhagen, der kurz vor ihm steht, an und will nach ihm greifen... hebt die Hand... plötzlich hat Kilb Kohlhagens Gewehr in den Fäusten... lacht bitter auf... „Zuuurrück!!“, schreit der Vize los... stellt sich vor den Hauptmann... stampft erregt mit einem Fuß auf... gebärdet sich ganz wie ein Held... „noch einmal befehle ich: „Zurück!!! Platz für den Herrn Hauptmann!“ — blöde blickt der Hauptmann um sich, lächelt wie ein Idiot, will unsere Kette mit einigen heftigen Arm- und Beinbewegungen durchbrechen... hinter mir ruft einer halblaut: „Feige Hundel!“... Verschiedene lachen laut auf wie bei dem Abschied vom Schinder... pfeifen auf zwei Fingern... „Hier, Herr Hauptmann, ist der „Judenjunge“! Kilbs Baß dröhnt, „was wollen Sie von ihm? Wir verlangen, daß Sie „Grenadier Kohlhagen“ zu ihm sagen, jawoll!“, er zieht Kohlhagen neben sich. „Sehen Sie ihn sich an, noch lebt er... sehen Sie uns an... noch sind wir da... es fehlen schon verschiedene Kameraden... hören Sie hinaus... bald müssen wir wieder nach vorne... wollen Sie uns zur Verzeiwung bringen? Wollen Sie und Ihresgleichen alle, daß es zum äußersten kommt? Was?“ Seine Stimme schwillt an, noch immer zittert der Vize, noch enger steht unsere Mauer und die Gruppe, erleichtert atmen wir auf... Kilb spricht!... erntet taumelt der Hauptmann hin und her, faßt sich einige Male hintereinander an den Kopf... ich sehe Kilb von der Seite, die wachsbliche Nasenspitze, den Mund wie ein dünner gefährlicher Strich... er öffnet sich wieder: „Ich warne Sie... wir sind hier nicht mehr Hammel und Schweine wie in der Garnison... wir lassen uns von den verfluchten Schindern nun und nimmermehr etwas gefallen, verflucht noch mal!... Schämten Sie sich nicht, uns so zu behandeln? Da... da draußen liegt ein neuer Toter... ein Kamerad, der wie ein toller Hund krepirt ist... niemand hat sich um ihn gekümmert... warum haben Sie nicht für Medikamente gesorgt? Hören Sie? Warum nicht? Warum nicht? Dann wäre er gerettet worden, und Berberig und viele andere... aber wir sind ja nur Pack und Gesindel und Schweinehunde... Vieh... Vieh sind wir in euren Augen, jawoll!“, wieder lacht er bitter auf... „von uns verlangen Sie Gehorsam? Dann verlangen wir, daß wir wenigstens wie tapfere Soldaten behandelt werden, — warum kommen Sie hier nicht anständig herein? Warum beschimpfen Sie uns gleich? Wir wollten schon raustreten... wir wußten schon Bescheid, bevor Sie herkamen... ich, ich hatte den Kameraden schon Bescheid gesagt... verflucht, wir haben dort vorne am Drahtverhau unsere Pflicht getan, wir hätten sie hier noch viel lieber getan...“

Er dreht sich zu uns herum, die beiden Offiziere stehen mit offenem Mund da, wagen nichts zu sagen, mit zuckendem Gesicht blickt der lange Vize auf den Boden, der Hauptmann faßt sich unter den Kragen, als werde er ihm mit einemmal eng, Karl Kilb hebt zum letzten Male die Stimme: „Sehen Sie meine Kameraden an, alles brave Kerls, in fünf Minuten stehen sie draußen, ein anständiges Wort genügt...“ aber wir sind in ihren Augen keine Menschen... Wir warnen Sie, hören Sie? Wir haben es nicht nötig, uns hier auch noch schikanieren zu lassen... wir wissen, daß es auch anders geht!... wir haben einen Leutnant Hagar gehabt... der war ein Kamerad wie wir alle... jetzt liegt er vor französischem Drahtverhau... immer die Besten müssen daran glauben... wir warnen Sie ein letztes Mal... und wenn Sie uns abführen lassen... und wenn Sie uns auf der Stelle erschießen lassen... hier oder da vorne... uns ist es egal... aber vorher werden wir uns zu wehren wissen... Er macht eine weitausholende Arm-bewegung über uns hin, „Platz machen, Kameraden! Is alles in Ordnung! Macht euch fertig!“, vollkommen verduzt gehen die beiden langsam hindurch, der Hauptmann ist ganz nüchtern, er bleibt mitten zwischen uns stehen, wendet sich dann kurz zu Kilb, blickt ihn mit einer tiefen Falte über der Nase an, seine Stimme ist viel offener als sonst: „Sie wissen, was das eben war... das war Meuterei, und eigentlich gehört ihr alle vors Kriegsgericht... aber ich sehe, daß ihr keine Verbrecher seid... wenn euch auch von der Garnison aus der Steckbrief schon vorausgegangen ist... ich werde auch in Zukunft für Medikamente und besseres Futter sorgen... die Sache ist für mich erledigt...“ Plötzlich haben wir wieder alle einen leichten Schimmer auf den Wangen... die Scheune wird weiter und heller... es ist gar nicht mehr so kalt... rasch geht jetzt der Hauptmann zwischen uns hindurch... nickt uns sogar leicht zu... „Kommen Sie mit“, sagt er kurz zu dem Vizefeldwebel, „lassen Sie diese drei Korporalschaften mit Gewehr und Patronen antreten... sie sollen die Ehrensalve abgeben...“, er steht am Ausgang, legt grüßend die Hand an den Helm.

Mit tückischen Augen und zusammengekniffenen Lippen folgt ihm der Vize... ohnmächtige Wut ist jede seiner Bewegungen.

Wir gehen schweigend an unsere Gewehre, machen uns fertig wie befohlen und treten hinaus... es schneit... „Siehste, wie fein det jeht...“, höre ich Adamczyk... und Kilb spricht mit einem seltsamen Lächeln, ruhig, als sei nichts passiert: „Wir werden jetzt den besten Hauptmann haben, Kinder... aber das sag ich euch: mit dem andern, da erleben wir noch allerhand... Augen offen halten... der würde uns alle glatt erschießen lassen...“

Drei Gruppen treten an... in den starren Händen die kalten Gewehre... krännen stehen wir am offenen Grab an der Kirchenmauer... die übrigen der Kompanie stehen mit Mantel und Mütze Spalier... auf zwei hölzernen Bohlen steht der Sarg, an jedem Ende steht ein Krankenträger... sie halten die Enden der Seile in den Händen, blicken stumpfsinnig vom gewohnten Geschäft... da drin liegt der Meisel, der so gern nach Hause wollte... der Schnee fällt leise auf seine letzte Pritsche... zu Haus wartet seine Mutter immer noch auf den ersten Brief, irgendwo in Flandern ist das Grab seines Vaters.

„Schtilfgeschdann!“, wir zucken zusammen, ich sehe den Sarg dunkel versinken, Schnee gleitet hinterher, leicht und leise, wie Grübe von fernem Mutterhänden... nur der Schnee hat hier etwas Menschliches... nur der Schnee... „Legt an!“, es schmerzt heftig an dem Schlüsselbeinknochen, als ich das Gewehr hochreibe... „Gebt Feuer!“, krachend bricht der Himmel über uns zusammen... Hastig schaufeln die Krankenträger... schaufeln... schaufeln... schnell, schnell, keine Zeit, keine Zeit... plupp plumm plumm plupp, neue Tote warten... Hunderte, Tausende... keine Zeit... keine Zeit... — In der Ecke raschelt es... im Hinüberdämmern höre ich eine müde, traurige Stimme, ich weiß nicht, wer es ist... dann eine flüsternde Gegenstimme... ganz in der Nähe: „Hier... ist... sein... Soldbuch... geboren am 12. November 1899... in Sangerhausen in Thüringen... Friedrich Meisel...“ Ich schrecke für Sekunden noch einmal auf... zwölfter November... heute ist der zwölfte November... heute ist er achtzehn Jahre alt geworden... wir... wir... haben... ihn... an seinem Geburtstag... begraben...“

Heute haben wir die erste Feldlöhnung bekommen. Bei der Gelegenheit haben wir auch zum erstenmal den „Etatsmäßigen“ gesehen. Er kam mit der Post und seinem Burschen aus Betheriville geritten; das ist ein Ort, der noch weiter hinten liegt. Das Leben dieser Vaterlandsverteidiger ist kostbar, darum haben sie ihre Schreibstube und Baggage so weit wie möglich von der Feuerlinie entfernt aufgeschlagen.

Wir wundern uns sehr, daß ein Feldwebel der Infanterie reitet. Buck klärt uns auf, er sagt, daß so etwas jetzt öfter vorkommt, seitdem die Schreibstuben der Formationen immer weiter nach hinten verlegt werden. Er meint, es sei ein böses Zeichen, man wolle dem bevorstehenden Durchbruch der Tommys und Franzosen vorbeugen und rechtzeitig in Sicherheit sein, wenn es losgeht.

Trotz der Kälte dampfen die Pferde der beiden. Sie kamen im Schweinsgalopp, denn es sind einige schwere Sachen in ihre Nähe geschlagen. Der Spieß erinnert mich lebhaft an den Schweinehund in Berlin: ein dickes, versoffenes Gesicht, das unruhig hin und her blickt, eine ölige, gemeine Stimme, die nur unwillig mit uns spricht. Als zwei deutsche Kampfflieger über den Marktplatz, auf dem wir zum Löhnungsappell angetreten sind, hinwegsummen, duckt er sich feige, schielt ängstlich nach oben und möchte gar zu gern im nächsten Torbogen verschwinden, wenn wir nicht in seiner Nähe wären. Der Bursche hält die Pferde, alles geht hastig vor sich. Als die Flieger am lautesten brummen, brüllen Jan Dieckmann und ich: „Fliegerdeckung!“ und alle lachen laut und höhnisch auf.

Mit wütenden Blicken reißt er dem Burschen den Geldsack aus der Hand, ein Tisch wird aus einem Hause geholt und wir müssen der Reihe nach antreten und die Löhnung empfangen. Vorher hat der Vize dem Spieß die Toten gemeldet. Die Namen stehen auf einer Liste, die der Vize bei der Meldung überreicht. Der Spieß sieht gar nicht darauf hin, dazu hat er keine Zeit. „Wieviel?“, fragt er nur kurz und steckt dabei den Zettel in das dicke Buch, das er, wie alle Feldwebel des deutschen Heeres, zwischen den Knöpfen seines Rockes stecken hat. Der Vize knallt die Hacken zusammen, die Nasenflügel blähen sich stolz, die Seidenmütze rutscht noch etwas kecker

aufs Ohr: „Fünfundzwanzig vorne, Herr Feldwebel“, oh, an ihm soll es nicht liegen, die Zahl läßt sich hören, „und einer in Ruhe gestorben“. „In Ruhe gestorben...“, murmele ich und möchte aufschreien und Handgranaten zwischen diese Halunken werfen, die die Zahl der Gemordeten wie eine Lotterienummer aussprechen.

„Na, laß den Lackaffen man erst nach vorne kommen...“, ich blicke zur Seite, neben mir steht der Alte mit dem Vollbart, seine Augen sind zusammengekniffen, es blitzt daraus haßerfüllt zu dem Vizen hinüber. Er spricht für sich selbst: „Den treten wir in 'n A...“, daß er achtkantig mit seinem hohen Kragen in den Dreck fliegt... Tief vergräbt er die Fäuste in den Manteltaschen.

„Aufrufen!“, der Spieß schlägt den Mantelkragen hoch, er hat einen neuen, dicken Mantel an, ich blicke an meinem herunter, der ist steif vom Dreck, dünn und vom schlechtesten Material. Er setzt sich auf einen Lederstuhl, der auch herbeigeschafft wurde, der Bursche legt ihm noch eine Decke über die Knie, „einzeln vortreten!“

Wir klappern in der Kälte, treten von einem Fuß auf den andern. Verflucht, warum hat man uns nicht in der Scheune antreten lassen? Ja, meine Herren — ich weiß wohl: da stinkt es so nach uns Frontschweinen... Und in der Schule? Da liegt der Herr Hauptmann, der will seinen Rausch ausschlafen...

„Hier! — — — Hier! — — — Hier!“, wir treten mit entzündeten Augen, eingefallenen, grauen Gesichtern, mit zerissenen, lehmverkrusteten Lumpen, wunden Füßen, um die die aufgerissenen Langschäfter mit Draht und Riemen geschnürt sind, einzeln an den Tisch heran, der Spieß trägt wollgefüllte Handschuhe und zählt, und manchmal blickt er kurz auf, sieht den Rekruten wütend an, brüllt los: „n'bißchen dalli, wir ham nich sovul Zeit wie ihr...“ Wir nehmen das Geld mit blaugefrorenen, aufgeplatzten Händen... Was weiß dieser Geldzähler, dieser Lohnbuchhalter von Kaiser- und Fürstenaktionären, von Telefongenerälen, Kohlen- und Erzkönigen, Kriegsschiebern und Kronprinzenmaitressen vor dem Sturm vom 6. November 1917, sieben Uhr sechszwanzig morgens, von dem Sturm, der fünfundzwanzig Gemordete auf dem Schlachtfeld der Ehre für Thron und Altar zurückließ?...

Manchmal ruft der Bursche, der die Pferde angebunden hat, einen Namen zweimal auf, dann trommelt der Spieß nervös mit dem Bleistift auf den Tisch. Es sind die Namen der Toten... nein, Herr Feldwebel, die melden sich nicht mehr... entschuldigen Sie, daß Sie noch von ihnen aufgehalten werden... jaja, das Pack macht nur Arbeit, auch noch, wenn es längst verreckt ist... man müßte sich beschweren, nicht wahr, Herr Feldwebel...? (Wird fortgesetzt)

## Metallfix

In einer Versammlung von Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren gab es in Berlin eine kleine Sensation. Metallfix sollte gezeigt und ausprobiert werden. Das Mittel sollte nicht nur Porzellan mit Porzellan, Glas mit Glas tadellos kitten, sondern auch Metall an Holz, Holz an Leder, Leder an Glas und wer weiß was alles unzertrennbar festlöten. Da es sich um ein Mittel handelte, das auch für den Haushalt von größter Bedeutung war, hatte man auch Hausfrauen zu der Vorführung eingeladen.

Die Vorführung begann. Auf einer Bühne waren seltsame Gegenstände aufgebaut. Da hing ein Lederriemen an einer dünnen Glasröhre, und an den Endhaken des Riemens hatte der Erfinder des Universalmittels ein Gewicht von 20 kg gehängt. Ferner sah man staunend eine aus mehreren Stücken zusammengesetzte Porzellanschüssel an Lederriemen geklebt, die ebenfalls mit 20 kg belastet war. Dann folgte eine Probe von Aluminium, Holz und Leder, das durch das neue Mittel zusammengefügt und mit 20 kg belastet war. Endlich aber sah man einen gewöhnlichen Lederiemen, der an den Enden abgeschrägt und mit Metallfix geklebt worden war und nun eine Belastung von nicht weniger als 200 kg tragen mußte.

Ein Fachmann hielt den erläuternden Vortrag. Er berichtete über die Versuche im Laboratorium, von dem großen Fortschritt, der mit dieser Erfindung erzielt worden sei, da man bisher Metalle nicht kleben konnte. Bleistifte huschten über die Seiten der Notizbücher, keiner der Wissenschaftler und Ingenieure hatte eine Einwendung zu machen. Nur einige Hausfrauen rutschten unruhig auf ihren Plätzen hin und her. „Sehr schön das alles“, meinte die eine leise zu ihrer Nachbarin, „aber ob die Sache in der Praxis klappen wird, ist eine andere Frage. Mir können die Herren mit ihren Theorien nicht imponieren! Beweise will ich sehen!“

Und kaum hatte der Vortragende geendet, da ertönte eine Frauenstimme durch den Raum: „Ich habe gestern einen Teller entzweigeschlagen, und mein Aluminiumtopf ist auch kaputt. Kann ich beides mit dem neuen Mittel wirklich so reparieren, daß es weiter im Haushalt benutzt werden kann?“

Wieder tiefe Stille. Ein zweiter Fachwissenschaftler spricht. Er holt weit aus. Bis zur Steinzeit greift er zurück, als es primitiven Menschen glückte, das Feuersteinbeil durch Kitten mit einem Griff zu versehen. Dann erklärt er als Chemiker die Bedeutung des neuen Verfahrens. Alle Augen sind auf den Redner gerichtet, nur die Hausfrau, die kurz zuvor ihre Fragen stellte, wirft immer wieder mißtrauische Blicke zu.

Endlich ist es zu Ende mit der Theorie und die Praxis kann beginnen. Schnell haben sich die Hausfrauen zusammen-

gefunden. Eine reicht der anderen die gekitteten und gelöteten Stücke und das Universalmittel. Dann wird ein zerbrochener Aluminiumtopf vorgenommen, gesäubert und mit dem neuen Mittel gekittet. In der Zwischenzeit kochen andere Frauen auf einer kleinen Gasflamme in einem bereits reparierten Topf Wasser. Him, der Topf ist völlig dicht geworden, das Wasser sprudelt und dampft darin, ohne daß ein Tropfen verloren geht. Aber noch sind die Frauen nicht zufrieden. Eine wendet sich an den leitenden Herrn: „Dürfen wir mit dem Material hier machen, was wir wollen? Ist jede Probe erlaubt?“ „Aber gewiß, gewiß“, meint er, „bitte, bedienen Sie sich nach Belieben.“

Aber was jetzt geschieht, das läßt die eifrigste wissenschaftliche Diskussion, in der die Ingenieure und Chemiker inzwischen vertieft sind, verstummen. Alles steht im Kreis und betrachtet mit wortlosem Staunen, wie die Frauen die Sache ausprobieren. Zwei von ihnen haben sich den gekitteten Teller „als Versuchskarnickel geschonapt“, wie sie lachend sagen. Die eine zieht aus Leibeskräften, während die andere den Teller festhält. Als ihre Kraft nachläßt, springen zwei andere zu. Das Ergebnis ist fabelhaft: Der Teller ist einfach nicht mehr entzwei zu kriegen.

Aber die Frauen machen ihre Sache gründlich. Sämtliche aufgehängten Gegenstände, die Verbindungen von Leder, Holz, Aluminium, Glas, Porzellan werden zum — Tauziehen benutzt! Zwei, vier, ja sechs Frauen ziehen und zeren aus Leibeskräften, und schließlich gehen auch die Wissenschaftler aus ihrer Reserve heraus und helfen mit!

Soviele vernügte Gesichter und soviel Gelächter hat der Hörsaal sicherlich seit Jahren nicht gehabt. Und die Hauptsache ist erreicht. Das Mittel wurde wirklich aus dem Effeff ausprobiert und es hat die Probe bestanden. Ein ausgezeichnetes Mittel für den Haushalt wird jetzt im Handel zu haben sein und als „Metallfix“ jeden Bruch im Haushalt heilen können. Dr. E. M.

## Fünf Minuten Lachen

Das ängstliche Mädchen und der gehorsame junge Mann.

Im Abteil zweiter Klasse sitzt ein junger Herr allein. Der Zug fährt gerade langsam an, als ein junges, bildhübsches Mädchen in einem himmlischen weißen Komplet die Tür aufreißt und sich atemlos in die andere Ecke fallen läßt. Sofort springt der junge Mann auf:

„Sie entschuldigen, gnädiges Fräulein...“

Doch die junge Dame, an derartige Attacken gewöhnt, hält die Hände vor die Brust und ruft — nein, schreit:

„Mein Herr, wenn sie mich anrühren, ja, wenn Sie mir zu nahe kommen, ziehe ich sofort die Notleine!“

Was kann man da machen? Der junge Herr zieht sich wieder in seine Ecke zurück, liest ein Buch und rührt sich nicht mehr. Ängstlich beobachtet ihn das bildhübsche, junge Mädchen, das längst bereit, den gut aussehenden Herrn so angefahren zu haben.

Der Zug hält, der junge Mann steigt aus. Beim Verlassen des Abteils dreht er sich noch einmal um und sagt höflich und zart:

„Sie verzeihen nochmals, würden Sie mir jetzt die Tüte Johannisbeeren geben, auf der Sie seit einer halben Stunde sitzen?“

Das Ferngespräch. Der im Berliner Westen gelegenen Wohnung eines Fabrikanten statten Einbrecher zu einer Zeit einen Besuch ab, als sowohl die Hausherrin wie auch das Dienstmädchen sich außer dem Hause befinden. Zufälligerweise meldet sich telefonisch eine Pelzfirma und fragt an, ob sie die Pelzjacke der gnädigen Frau jetzt liefern könne.

Der eine Einbrecher, der ans Telefon gegangen war, erwidert auf die Anfrage:

„Wenn Sie die Jacke sofort herschicken, dann können wir sie noch gebrauchen. Die Rechnung wird später bezahlt.“

Sarkastisch. Junger aufgeblasener Ballnachbar: „Jeden Abend, ehe ich zu Bette gehe, schreibe ich meine Gedanken in ein Tagebuch. Das ist interessant — nicht wahr?“

Junge Dame: „Wie lange schreiben Sie das schon?“

Junger Mann: „Drei Jahre.“

Junge Dame: „Da haben Sie gewiß bald eine Seite voll.“

„In unserem Laboratorium erzeugen wir Hitze bis zu vier-tausend Grad!“

„Geb'n S', so lange Thermometer gib't ja gar nicht!“



Sie singen von Liebe — aus Hunger.



# Verbandsleben



## Jugendliche Erwerbslose auf Selbsthilfe

### Ein erwägenswerter Vorschlag

Die Gewerkschaften lassen es sich sehr angelegen sein, den Erwerbslosen zu helfen. Über die wirksamste Art der Hilfe mögen die Meinungen zuweilen auseinander gehen. Hierzu macht nun ein von der Wohlfahrt betreutes Verbandsmitglied einen, wie wir glauben, recht erwägenswerten Vorschlag. Daß die Gewerkschaften alles, was in ihren Kräften steht, für ihre erwerbslosen Genossen zu tun haben und tun, ist selbstverständlich. Darum unterbreiten wir den Vorschlag zur Prüfung und Verwertung.

Schriftleitung.

Man hat am Anfang der Krise sich bei Entlassungen von der Ansicht leiten lassen, daß der jugendliche Ledige eher eine finanzielle Einbuße ertragen kann, wie der Mann, der Frau und Kinder versorgen muß. Nun dauert die Krise aber schon Jahre. Hunderttausende von Jugendlichen sind in eine Lage geraten, die geradezu verzweifelt ist. Wie spielt sich das tägliche Leben eines solchen jungen Menschen ab?

Morgens erwacht er in einer unfreundlichen, kalten Kammer. Er kann nicht allzu lange liegen bleiben, denn die Wirtin will das Zimmer reinigen. Eine Tasse Zichorienbrühe und vielleicht eine Schmitze Brot, dann muß er hinaus aus den vier Wänden, die ihm Nachts Obdach geben. Sie sind im Winter ohnehin keine Zuflucht. Die Eisblumen blühen an den Fenstern, der Ofen ist kalt, denn Geld zum Heizen fehlt. Kann man es den Abmietern verdenken, daß sie einen fremden jungen Mann nicht tagtäglich in der Küche sitzen haben wollen? Er selbst hat auch kein Verlangen danach; nur ein bißchen Wärme hält ihn dort. Also zieht er es vor, zu gehen, ehe er gegangen wird. Draußen pfeift der Winterwind, peitscht oft genug Regen oder Schnee. In den öffentlichen Warmhallen herrscht drangvolle Enge, die Lesezimmer sind überfüllt, in ein Kaffeehaus oder Wirtschaft zu gehen, kein Gedanke. Denn wie auskommen mit den 34 Mark, die ihm die Wohlfahrt für den ganzen Monat gibt?

In den Verkaufsräumen der großen Warenhäuser kann man sie heute finden, die jugendlichen Opfer der Krise. Sie schlendern langsam von Stand zu Stand, bleiben solange bei der Schallplatten-Abteilung stehen, bis der Chef sie zum Weitergehen auffordert. Das bißchen aufmunternde Musik verklängt im Rücken. Sie gehen zum Arbeitsamt. Zwar längst angesteuert, aber für einige Minuten kann man sich wieder dort wärmen. Dann wieder durch kalte Straßen, zur Post, zum Bahnhof, überall hin, wo etwas Wärme und trockene Räume sind. Mittags gehts zur Volksküche. Gleichgültig wird das ewige Einerlei der Massenküche verschlungen.

Und dann ist noch der ganze, lange Nachmittag. — Ohne Beschäftigung, ohne Gemeinschaft, ohne Zerstreuung! Die Lichtreklamen der Kinos leuchten auf, Schaufenster prangen mit Delikatessen, die die Gedanken immer wieder auf das lenken, was der Erwerbslose entbehren muß: ausreichendes Essen! Denn 18 Mark gehen im Monat für das Zimmer drauf. Wie soll man mit dem Rest auskommen? Verzweifelt oder erbittert, apathisch oder zornig sucht er früh sein Zimmer auf, wo ihm eisige Luft entgegenschlägt. Rin ins Bett, nur alles Elend im Schlaf zu vergessen. Ist dies Leben wert gelebt zu werden?

Nun ein andres Bild: In einer großen Wohnung liegt die erste Morgensonne durch die Scheiben. Warme, geheizte Räume. In drei von ihnen stehen Betten, in denen junge Menschen schlafen. In der Küche ist schon reges Treiben. Ein junger Mann heizt ein, sein Kamerad mahlt Kaffee, ein dritter schafft das Geschirr in das Esszimmer. Zwei lange Tische sind mit Tassen bestellt, Brot ist aufgeföhren. Großes Wecken. Elf Köpfe fliegen von den Kissens hoch und nicht lange dauert, dann sitzen alle beim Frühstück. Nachher wird Schach gespielt, wird gebastelt oder gelesen, geschrieben und gelernt.

Woher dieser „Wohlstand“? Woher diese Gemeinschaft? Sind dies einige Glückliche, die mehr an Unterstützung bekommen? Weit gefehlt. Hier hat Gemeinschafts-wille etwas geschaffen, worauf die Jugend stolz sein kann.

Stehen nicht in den Städten über 15 vH der Großwohnungen leer? Der Hausherr weiß nicht, wie er leben soll. Da haben sich 15 erwerbslose Ledige zusammengesetzt, jeder zahlt 6 bis 7 Mark Miete im Monat, und die Großwohnung ist gemietet. Gemeinsam wird eingekauft, gemeinsam das Heim ausgestaltet, in dem sie den Winter und die Zeit der Arbeitslosigkeit verbringen. Wenn auch nicht alle Tischler sind, handfertig ist meist ein jeder. Das Wohlfahrtsamt und private Fürsorge steuern bei zur Anbringung der notwendigen Betten und Möbel. Das Arbeitsamt veranstaltet öfters Kurse für Jugendliche, bei denen sich diese in ihrem Handwerk weiterbilden können. Wie oft fehlen da Gegenstände zur Bearbeitung. Hier kann in planmäßiger Zusammenarbeit mit den Behörden der Grundstock für ein Wohnheim gelegt werden: Tische werden gehaut, Stühle ausgebessert und so fort.

Vorbedingung zu einem Wohnheim ist natürlich der Geist der Zusammengehörigkeit. Was in Städten wie Breslau von Studenten und auch andern Erwerbstätigen längst zur Tatsache geworden ist, mußte auch bei den jugendlichen Mitgliedern der Gewerkschaften möglich sein. Der Verband kann hierbei eine sehr wichtige Rolle spielen. Er kann als Träger des Wohnheims auftreten, der den Mietvertrag abschließt. Denn der Hauswirt kann nicht mit jedem der 14 oder 15 Jugendlichen verhandeln. So gewinnt der Verband Einfluß auf die ausgesteuerten Jugendlichen, denen er bislang nichts mehr bieten konnte. Auch beim Groß-

einkauf der Lebensmittel zur gemeinsamen Beköstigung kann er Hand anlegen, kann die Verhandlungen mit den Behörden leiten, die mitunter notwendig für Erlassung der Hauszinssteuer für die Wohnung ist.

Und nun die Vorteile für den Jugendlichen: Er ist in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen und oft Gleichgesinnten. Er hat einen warmen Raum, den gemeinsamen Wohnraum, zur Verfügung, wo er sich betätigen und bewegen kann. Zum Lernen und Schreiben findet er kleine Tischen. Er hat eine sinnvolle Beschäftigung, denn die Ausgestaltung des Heims gibt sie ihm. Weiter muß die gemeinsame Beköstigung reihum von drei oder vier Kameraden gemacht werden. Das Mittagessen kann zweckmäßig aus der Volksküche bezogen werden. Vielleicht hat man das Glück, einen einigermaßen tüchtigen Koch unter der Belegschaft zu haben, dem dafür, wie es andernorts erprobt wurde, freie Station geboten wird.

Wie hoch sich die Beköstigung stellt, ist örtlich verschieden. Soviel ist aber gewiß, daß auch hier ähnliche Ersparnisse gemacht werden können wie bei der Miete. Und nun hat der Jugendliche seine regelmäßigen Mahlzeiten, der Körper bekommt wieder sein Recht. Denn wie oft ging es so, daß man aus Verzweiflung sich eine Ausgabe leistete, die man nachher am Essen wieder einsparen mußte. Der größte Gewinn aber dürfte die seelische Befreiung des jungen Menschen sein, das Bewußtsein, wieder sinnvolles Glied eines Ganzen zu werden. Wenn dies auch kein Weg aus der Krise ist, es ist aber ein Weg, der es dem Jugendlichen ermöglicht, über die Krise zu kommen ohne allzu großen Schaden an Leib und Geist zu nehmen.

Wer will es wagen?

L.

## Eine äußerst wichtige Entscheidung

Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung befaßte sich am 8. Juli mit der Frage, ob der Vorsitzende des Arbeitsamts berechtigt sei, einem durch Streik arbeitslos gewordenen Arbeiter eine Sperrfrist nach § 93 Abs. 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes aufzuerlegen. Bekannt ist die Bestimmung des § 94 des genannten Gesetzes, wonach Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch einen inländischen Ausstand oder eine Aussperrung verursacht ist, während der Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten dürfen.

In einem Fall wurde dem Arbeitslosen eine Sperrfrist von 6 Wochen auferlegt, weil er wegen Beteiligung an einem wilden Streik fristlos entlassen worden war. Der Senat entschied dahingehend, daß eine Sperrfrist nicht zu verhängen war (Entscheidung Nr. 4468). Die Begründung hierzu sagt:

„Ist die Arbeitslosigkeit durch einen inländischen Ausstand verursacht, so ist für die Frage, wie weit für die Dauer dieser Arbeitslosigkeit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, demnach § 94 a. a. O. maßgebend. Die Anwendung des § 93 Abs. 1 a. a. O. wird durch diese Sondervorschrift ausgeschlossen. Dies gilt nicht bloß für die Dauer des Ausstandes; § 93 ist vielmehr auch dann nicht anzuwenden, wenn der infolge der Beteiligung an dem Ausstande arbeitslos gewordene Arbeitnehmer auch nach Beendigung des Ausstandes noch arbeitslos bleibt. Um einen solchen Fall handelt es sich insbesondere dann, wenn der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer, der wegen Beteiligung an einem Ausstand die Arbeit einstellt, wegen Arbeitsverweigerung (zu vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 3 Gew.O.) fristlos entläßt und ihn nach Beendigung des Ausstandes nicht wieder einstellt. Die Entlassung und die auf sie zurückzuführende Arbeitslosigkeit steht in diesem Falle in ursächlichem Zusammenhang mit dem Ausstand. Das Arbeitsamt und die Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung haben deshalb in einem solchen Falle nicht nachzuprüfen, ob der Arbeitnehmer die Arbeitsstelle durch eigene Schuld verloren hat, da § 93 a. a. O. nicht zur Anwendung kommt.“

In dem anderen Fall handelte es sich um die Frage, ob es sich um einen Ausstand im Sinne des § 94 auch dann handelt, wenn eine vorübergehende Arbeitseinstellung durch eine Mehrheit von Arbeitnehmern eines Betriebes lediglich zu dem Zweck einer politischen Kundgebung erfolgt. Auch in diesem Falle entschied der Senat zugunsten der Kläger. In der Begründung hierzu wird ausgeführt, daß es „unerheblich ist, ob der Arbeitslose dem Ausstand etwa innerlich oder ausgesprochenenmaßen ablehnend gegenübergestanden hat“.

Diese beiden Entscheidungen sind von grundsätzlicher Bedeutung für die Arbeiterschaft. Die Unterstützung darf also nur während der Dauer des Ausstandes entzogen werden. Nach Beendigung des Streiks hat der Arbeitslose Anspruch auf Unterstützung, wenn er nach Beendigung des Streiks fristlos entlassen oder nicht wieder eingestellt wird. Nur wenn andere strafbare Handlungen, zum Beispiel Sabotageakte, vorliegen, kann unter Umständen eine Sperrfrist verhängt werden.

## Die Arbeiterin in der Wirtschaftskrise

Das Streben des Unternehmers nach größerer Profiterzielung hat in der Krise noch stärker als in sonstigen Zeiten dazu geführt, Männerarbeit durch billigere Frauenarbeit zu ersetzen. Die amtliche Notverordnungspolitik hat diesem Bestreben in weitem Ausmaß Vorschub geleistet. Während in der Nachkriegszeit die Gewerkschaften bemüht waren, durch höhere prozentuale Lohnaufbesserung bei den Arbeiterinnen die Spanne zwischen Männer- und Frauenlohn zu verringern, brachte die Vierte Notverordnung den gleichen prozentualen Lohnabbau für beide Geschlechter und vergrößerte durch die Art der Durchführung die an sich schon ungünstige Unterbezahlung der weiblichen Arbeitskräfte gegenüber der Männerarbeit. So hatte Oktober 1931 die Metallarbeiter in einem tarifmäßigen Stundenlohn von 623 vH, dagegen März 1932 nur noch von 60 vH des Tariflohnes des gelernten Metallarbeiters.

Die Lohnersparnis bei der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte wurde so auf 40 vH erhöht. Der hiermit gegebene Anreiz zur Einstellung weiblicher Arbeitskräfte wird noch erhöht durch die letzte Notverordnung, die dem Unternehmer die

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 11. Dezember, ist der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11.—17. Dezember 1932 fällig.

Dieses Jahr wird wieder der 53. Wochenbeitrag fällig. Im Monat Dezember 1932 sind deshalb 5 Beitragsmarken zu verwenden.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte des statutarischen Satzes aus § 3 Abs. 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt danach  
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.  
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.  
für Jugendliche beiderlei Geschlechts  
sowie für Lehrlinge . . . . . 15 Pf.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Ortsverwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am Jahresschluß nicht zu stark häufen.

## Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag des Dänischen Metallarbeiter-Verbandes: Der Schiffer Heinrich Burkhard, geb. am 9. Juli 1907 in Rotterdam, Mitgliedsbuch Nr. 7043 889, wegen Betrug

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

gleiche staatliche Prämie bei der Neueinstellung weiblicher und männlicher Arbeiter bietet. Das bedeutet nämlich eine zusätzliche Lohnersparnis bei der Neueinstellung weiblicher statt männlicher Arbeiter, da die staatliche Lohnprämie dem Fabrikanten einen erheblich größeren Teil des Frauenlohnes als dem Männerlohnes ersetzt. Schon jetzt führte diese Ersparnismöglichkeit nach den bisherigen Feststellungen zu einer weit stärkeren Neueinstellung weiblicher als männlicher Arbeitskräfte, so daß sich in den Betrieben der Anteil der Frauen von bisher 23,8 auf 28 vH, der der weiblichen Jugendlichen von 2,8 auf 4,8 vH erhöhte.

Die amtliche Lohnpolitik, die den Lohn der Arbeiterin tiefer unter das allerdürftigste Existenzminimum herabsinken ließ, führte also unmittelbar dazu, in stärkstem Maße Männerarbeit durch billigere Frauenarbeit zu ersetzen. Gegenwärtig ist nach der Tariflohnstatistik der Gewerkschaften der Tariflohn der Arbeiterin im Durchschnitt von 15 Berufsgruppen gegenüber dem Januar 1932 um 10 vH, gegenüber Dezember 1931 um 20,8 vH gesunken.

Während der Anteil der Frauenarbeit relativ zunimmt, sinkt jedoch der prozentuale Anteil der Frauen in den Gewerkschaften. 1925 betrug der Anteil der Frauen unter den Gewerkschaftsmitgliedern 17,2 vH, 1926 dagegen 16,0 vH, 1927: 15,4 vH, 1928: 15,2 vH, 1929: 14,5 vH, 1930: 14,2 vH und 1931 nur noch 13,7 vH, so daß sich Jahr für Jahr ein Rückgang der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder feststellen läßt.

Als Ursache für diese Entwicklung ist nach der Gewerkschaftszeitung davon auszugehen, daß zwar „die Arbeiterinnen im gleichen Umfang wie die Arbeiter von den Betriebsstilllegungen betroffen werden, daß sie aber bei längerer Arbeitslosigkeit leichter geneigt sind, ihre Mitgliedschaft aufzugeben als die männlichen Mitglieder“. Die Gründe für ein solches Verhalten sind in der geringeren Verbundenheit der Frauen mit dem Beruf, in der ungünstigeren Einschätzung der Chancen auf Wiedereinstellung und in der Benachteiligung der Frauen beim Bezug der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zu suchen. Hinzu kommt der gegenwärtig weit verbreitete öffentliche Widerstand gegen die dauernde Erwerbsarbeit der verheirateten Frau sowie gegen die Frauerwerbsarbeit überhaupt. Beides hindert die Frauen, jene enge Verbundenheit mit dem Berufsleben zu finden, die in der Regel die Voraussetzung für eine entsprechend enge Verbundenheit mit der gewerkschaftlichen Organisation darstellt.

## Erinnerung an Dürrenberg

Als die Bestätigung der Bewerbung zum Kurs in Dürrenberg vom Vorstand einging, war der erste Gedanke: Endlich einmal raus aus dem Elend! Also ging am 23. Oktober zur Wirtschaftsschule. Durch ihre große Freiheitsfahne fanden wir die Schule ziemlich schnell. Einige Genossen waren bereits da. Bis zum Abend hatten sich alle Teilnehmer eingefunden. Nach dem Abendessen gemeinsame Führung durch die Schule. Hier kommt einem schon die Erkenntnis: Allen Erfordernissen entsprechend eingerichtet! Montags morgens kurze Begrüßung, dann zur eigentlichen Arbeit. Schnell ist der Kontakt zwischen Lehrern und Schülern hergestellt. Lehrer und Schüler bemühen sich, die geistigen Waffen zu stärken. Denen, die in der Zeit des wirtschaftlichen Wirrwarrs wankelmütig geworden sein mögen, kommt hier neues Selbstvertrauen. Zu dem Selbstvertrauen findet sich körperliche Kraft, die aus dem Inhalt der Speiseschüsseln quillt.

Auch der Humor sowie die gesellschaftliche Seite kommen zu ihrem Rechte. Alle deutschen Mundarten sind zu hören. Manchmal versteht einer den anderen nicht. Ein Ausflug nach Leipzig lernt uns Schenswürdigkeiten kennen.

Und nun sind wir wieder daheim, daheim im Alltag. Daheim, um das Gelernte zu verwerten für unsere große Bewegung. Eins steht wohl bei allen Teilnehmern fest: stolz wollen wir sein auf unsere Organisation und ihre Einrichtungen. Ihr die Treue wahren in allen Zeiten.

Albert Struck

## Jubilärfest in Herford

In einer Zeit, wo die Regierung den arbeitenden Schichten Last auf Last auferlegt, feierte die Ortsverwaltung in Herford ihr 40jähriges Bestehen und ihre Jubilare. Der Kollege Tost war vom Vorstand erschienen, um die alten Kämpfer zu begrüßen und zu beglückwünschen. 25 Jahre, so sagte der Redner, haben die Jubilare Not und Freude mit der Kollegenschaft geteilt; sie sind nicht wankend geworden in schwerer Zeit. Sie können dem jungen Geschlecht zum Vorbild dienen. Auch den Frauen unserer alten Mitglieder gebührt Dank für ihre Mitwirkung. Mit: „Auf Sozialisten, schließt die Reihen!“ fand die würdige und gut besuchte Versammlung ihr Ende.

# Neuer Streit in Danzig

Die Hoffnung auf eine Entspannung im Polnisch-Danziger Wirtschaftskrieg ist wieder einmal vernichtet. Der neue Oberkommissar des Völkerbundes, der Däne Rosting, der bis zum 1. Dezember d. J. bestellt ist, hat sich zwar reichlich Mühe gegeben, den Wirrwarr von Streitfragen, die ihm sein Amtsvorgänger, der Italiener Gravina, hinterlassen hat, zu lösen und die Parteien zu Verhandlungen zu bringen. Eine Verständigung zwischen Danzig und Warschau ist aber nicht erzielt worden. Die in Warschau geführten Besprechungen sind am 17. November abgebrochen worden. Der Versuch des hohen Kommissars, sie in Danzig wieder aufzunehmen, scheiterte am Widerstand Polens. Ein neuer „hoher Herr“ wird von Genf nach Danzig kommen und abermals versuchen, das „Problem Danzig“ zu studieren. Inzwischen kann die Wirtschaft Danzigs vollends vernichtet sein.

Die in Warschau verhandelten Streitpunkte konnten nicht gelöst werden, weil Polen die bedingungslose Anerkennung und Anwendung seiner Zollgesetzgebung auf Danziger Gebiet verlangte. Es verlangt ferner den Verzicht Danzigs auf den Warenverkehrsverkehr mit Deutschland und die Beseitigung der Danziger Warenkontingente. Schließlich eine Entschädigung von 54 Millionen Zloty für angebliche Verletzung der polnischen Zollvorschriften durch Danziger Zollstellen.

Diese Forderungen Polens bedeuten praktisch die Beseitigung aller Vereinbarungen auf wirtschaftlichem Gebiete, soweit sie zur Führung eigener Danziger Wirtschaftlichkeit nötig sind und auf Grund des Versailler Vertrages und der Pariser Konvention abgeschlossen wurden. Mit der Beseitigung der Eigenwirtschaft Danzigs würde aber dieses Gebiet zwangsläufig und vollständig in die polnische Wirtschaft eingegliedert werden.

In der Pariser Konvention vom November 1920 haben sich die beiden Staaten verpflichtet, auf Antrag des einen oder des andern in Verhandlungen einzutreten, um ihre Münzsysteme zu vereinheitlichen. Von dieser Verpflichtung haben beide Partner keinen Gebrauch gemacht, obwohl 1923 beide Währungen, die polnische Mark in Polen und die Reichsmark in Danzig, in ein Nichts zerfallen waren und eine gute Gelegenheit zur reibungslosen Begleichung dieses Problems gegeben war.

Polen schuf den Zloty, Danzig den Gulden. Der Gulden steht im Verhältnis zur Reichsmark auf 0,80 und ist bisher stabil geblieben. Der Zloty hatte ursprünglich einen Kurs von 1,10 zum Gulden und ist im Verlauf der Jahre auf 0,57 Gulden = 47 Reichspfennig gesunken. Der Gulden gilt für 400.000 Einwohner, der Zloty für 33 Millionen. Der Zloty begünstigt mit seinem niedrigen Kurs den Warenabsatz in Danzig, der hohe Guldenkurs hemmt den Warenabsatz in Polen.

Die Danziger Unternehmer haben seit Jahren nach polnischen Zlotylöhnen und -gehältern gerufen. Die Arbeiter haben dieses Verlangen stets bekämpft mit dem Hinweis, daß eine Angleichung der Löhne an die polnischen Zlotylöhne gleichbedeutend ist mit einer Herabdrückung des Lebensstandes der Danziger Bevölkerung auf den Stand des polnischen. Jetzt hat die polnische Regierung verfügt, daß ab 1. Dezember in der gesamten Eisenbahnverwaltung der Stadt Danzig nur

noch der polnische Zloty Zahlungsmittel ist. Gleichzeitig hat sie angeordnet, daß auf allen Stationen der Eisenbahn Wechselkassen eingerichtet werden.

In dieser neuesten Streitfrage sind weder Verhandlungen geführt noch Streitigkeiten zu verzeichnen gewesen. Polen hat als alleiniger Verwalter der Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt einseitig für diesen seinen Geschäftsbereich seine Währung eingeführt und den Gulden, der vertragsmäßig Geltung haben soll, beseitigt. Praktisch bedeutet diese Maßnahme einen Angriff auf die Danziger Guldenwährung von noch nicht voraussehender Auswirkung. Die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiter, die auf die Verkehrswege angewiesen sind, müssen nunmehr mit zwei verschiedenen Valuten rechnen; sie müssen bei den täglichen Bahnfahrten in Zloty zahlen und die Kursverluste tragen. Diese Verluste sind aber bekanntlich um so größer, je kleiner der Wechselbetrag ist, und dieser ist in der heutigen Zeit bei der Arbeiterschaft immer klein. So wird durch diese polnische Maßnahme das Einkommen der Danziger Arbeiter noch weiter geschmälert.

Die Frage ist nun, ob sich Danzig diesen Angriff gefallen lassen muß. Es kann natürlich dagegen protestieren. Der Völkerbundsrat wird diesen Streit zu untersuchen und ein Urteil zu fällen haben. Es fragt sich nur, wann er wegen seiner Schneckenhaftigkeit dazu kommen wird. Er hat zwar schon früher entschieden, daß in allen Streitfällen, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten, niemals eine „Aktion direkt“ eintreten darf, das heißt, daß keine der streitenden Parteien vollendete Tatsachen schaffen darf. Ob aber in diesem Falle eine solche „vollendete Tatsache“ im Sinne der „Aktion direkt“ vorliegt, das werden die Juristen des Völkerbundes vorerst zu prüfen haben, denn die Eisenbahnen sind nach den Entscheidungen des Völkerbundes im Besitz des polnischen Staates, der auch das Aufsichtsrecht über dieses Unternehmen hat. Polen schließt folgerichtig daraus, daß es innerhalb seiner Verwaltungen anordnen kann was es will, ohne Rücksicht auf Danzig.

Was aber bedeuten die Leiden der abgetrennten deutschen Bevölkerung für die imperialistischen Eroberungsbestrebungen der reichseingesessenen Kapitalisten? Hat doch dieser Tage der Verband der Handelskammern in den Grenzmarken eine Entschließung angenommen, in der die Beseitigung des Korridors gefordert wird. Was Wunder, wenn auf solche Forderungen von deutscher Seite der polnische Nationalismus entsprechend reagiert und sich zunächst die Positionen „sichert“, die für ihn am leichtesten einzunehmen sind, in diesem Falle die Danziger Lebensinteressen. Fr. Arczynski.

Nach Mitteilungen aus Danzig unterm 30. November hat Polen sich eines Besseren besonnen. Es hatte alle Vorbereitungen zur Ausschaltung des Danziger Gulden von den Danziger Bahnkassen getroffen. Andererseits hatte die Freie Stadt ebenfalls etliches getan, um den Plan zum Scheitern zu bringen. Tarifsenkung, Verzicht auf die Verkehrssteuer und Ausbau des Verkehrsnetzes wurden am 28. November angekündigt, um das Publikum zur ausschließlichen Benutzung der Danziger anstatt der polnischen Bahnen auf Danziger Gebiet zu veranlassen. Durch diesen Gegenstoß wurde Polen bestimmt, von seinem Anschlag auf die Danziger Währung abzusehen.

## Die internationale Rüstungsindustrie

J.B. Aufmerksamere denn je zuvor muß heute die Arbeiterklasse die engen Verflechtungen der internationalen Rüstungsindustrie verfolgen. Oft genug ist schon festgestellt worden, daß gerade die Internationale der Kanonenfabrikanten es ist, die die größte Gefährdung des Weltfriedens bedeutet. Sie fördert in allen Ländern den schärfsten Nationalismus, finanziert in großzügigster Weise die chauvinistische Presse, um auf Grund der so künstlich genährten und aufgepeitschten nationalen Gegensätze und der durch sie bewirkten Unsicherheit ihre Geschäfte machen zu können. Daraus ergibt sich das Streben aller Rüstungskonzerne nach politischer Geltung, die dann in Profit umgemünzt wird. Unter den Rüstungskonzernen der Welt ist wohl der französische Schneider-Konzern der politischste. Seine internationalen Beziehungen decken sich ziemlich genau mit der politischen Einflusssphäre Frankreichs, und er ist nicht nur der absolute Beherrscher der französischen Waffenindustrie, sondern auch der tschechoslowakischen und polnischen Waffenfabriken, er beeinflußt weitgehend die belgische Schwerindustrie und über die Österreichische Kreditanstalt und die Ungarische Kreditbank auch die Industrien dieser beiden Länder.

Lothar Bauer unternimmt es in der „Wirtschaftskurve“, eine Darstellung der Rüstungsindustrie der Welt zu geben. Danach gründete 1836 der Saarländer Eugen Schneider, also ein Deutscher, in Le Creusot eine Kommanditgesellschaft. Ursprünglich als Maschinenfabrik ausgeführt, wurde das Werk unter dem dritten Kaiserreich und dann unter der dritten Republik zu einem ausgesprochenen Rüstungsbetrieb. Haupterzeugnisse waren Panzerplatten, Eisenbahnmaterial und Brücken, während angegliederte Werke in Chalons und Champagne sur Seine Torpedoboote und Unterseeboote herstellten, ein weiteres Werk in Le Havre Artilleriematerial. Den politischen Interessen des Vorkriegs-Frankreichs entsprechend, hatte das Werk auch enge Beziehungen zu den russischen Putilow-Werken, außerdem wurde auch in Chile ein Stahlwerk gegründet. Die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie zwang bereits vor dem Kriege zu Beteiligungen an dieser, doch erst in der Nachkriegszeit wurden diese Beziehungen in größerem Umfang ausgebaut. Sie wurden besonders durch eine gemeinsame Gründung mit dem zweitgrößten amerikanischen Elektrokonzern, der Westinghouse, gefördert.

An dieser Gesellschaft — Le Matériel Electrique — ist Schneider kapitalmäßig stark beteiligt. Ferner ist Schneider an einigen Elektrizitätswerken im Jura und an der Rhone beteiligt. Die hauptsächlichsten Elektrointeressen verbinden ihn aber mit der belgischen

„Empain“-Gruppe, die die Pariser Straßenbahnen, die Elektrizitätswerke von Paris und der Seine, die Pariser Untergrundbahn, die nordfranzösischen Kraftwerke in Lille, die elektrotechnischen Werke in Charleroi (Belgien) und zahlreiche andere Werke beherrscht. Dazu kommen noch Elektrointeressen im Jura und in Burgund, so daß Schneider mit der „Empain“-Gruppe einen maßgeblichen Teil der französischen Elektroindustrie beherrscht. Daneben übt er auch einen Einfluß auf die Automobilindustrie aus; ursprünglich bei den Automobilwerken Dion-Bouton, nunmehr bei Citroën.

Noch deutlicher wird sie bei einer Betrachtung der ausländischen Interessen des Schneider-Konzerns. Durch die Vorkriegsbeziehungen zu Putilow bestanden auch schon damals gewisse Verbindungen zu der damals österreichischen Waffenfabrik Skoda in Pilsen. Nach dem Umsturz im Jahre 1918 erwarb Schneider um den verhältnismäßig geringfügigen Betrag von 100 Millionen Kronen die Skodawerke, wobei die Finanzierung der ausländischen Beteiligungen durch die „Union Européenne Industrielle et Financière“ in Paris erfolgt. Die Skodawerke sind wieder ihrerseits gemeinsam mit dem tschechoslowakischen Staat an der Waffenfabrik in Brünn, an der Patronenfabrik in Bratislava und damit auch an dem neugegründeten Metallwalzwerk in Waag-Bistritz in der Slowakei beteiligt, ferner an der Flugzeugfabrik „Avia“ in Prag und an der Kabelfabrik in Kladno, so daß auch hier der Ring geschlossen ist. Schneider drang auch in die Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft ein, die ein großes Eisenwerk in Trzynietz in Ostschlesien besitzt, ferner große Kohlengruben im Mähr.-Ostrauer Revier, die maßgeblich beteiligt ist an den Mannesmannwerken in Tynau in der Slowakei.

Da durch die neue Grenzziehung nach dem Umsturz ein Teil des Besitzes der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft in Polen verblieb, der dort unter dem Namen „Weziarska Gorka“ mit dem Sitz in Krakau gebucht wurde, reichen hier die Beziehungen Schneiders nach Polen hinüber. Sie werden verstärkt durch die maßgebliche Beteiligung an dem polnischen Eisenwerk „Huta Bankowa“. Schneider unterstützte auch aus sichtlich militärstrategischen und naturgemäß aus Profitgründen den Bahnbau Gdingen-Oberschlesien und den Ausbau des polnischen Hafens Gdingen, scheint aber bei diesem Geschäft nicht gut abgeschnitten zu haben.

In der luxemburgischen „Arbed“-Gruppe übt Schneider ebenfalls einen entscheidenden Einfluß aus, indem er selbst etwa ein Viertel der Aktien kontrolliert, mit der durch die Elektrointeressen verbundenen „Société Générale de Belgique“ sogar die Mehrheit. Die tschech-

schen Stickstoffwerke sind über die „Arbed“ auch an der Verwertung der Bergius-Patente beteiligt.

Der französische Rüstungskonzern hat es so verstanden, seine wirtschaftliche Macht aufs engste mit der politischen Machtsphäre Frankreichs zu verbinden. Daß diese enge Verbindung der französischen mit der mittel- und osteuropäischen Rüstungsindustrie den Weltfrieden in keiner Weise fördert, ist ganz klar. Schon die riesenhaften Kapitalien, die hier investiert wurden, zwingen dazu, angemessene Absatzmöglichkeiten zu erzielen, die zu immer neuer Aufrüstung und damit zu steigender Unsicherheit führen müssen. Die weitgehende internationale Verflechtung zeigt aber auch deutlich, daß der Kampf gegen die Rüstungsindustrie nicht in einem einzelnen Lande, sondern nur auf internationalem Gebiete geführt werden kann.

## Kreatur im Hüttenwerk

Von Proletentragik darf nicht gesprochen werden

Auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim an der Ruhr war am letzten Oktobersonntag ein Vorarbeiter damit beschäftigt, in der inneren Glocke des Hochofens I ein Drahtseil auszubessern. Durch ein Versehen wurde die Verschlussglocke vom Maschinisten in Bewegung gesetzt, wobei der Vorarbeiter in die Glut des Hochofens stürzte. Sofort sprangen vier Kollegen zur Rettung herbei. Ihre Arbeit war aber vollkommen vergeblich. Mit schweren Brandverletzungen an Händen und Gesicht wurden die Retter fortgebracht. Obwohl der Hochofen angeblich sofort stillgelegt wurde, war an eine Bergung der Leiche nicht zu denken. Sie war längst in der Hochofenglut zu Atomen verbrannt. Ein Mensch jagte durch heiße Gichtgasleitungen, durch stampfende Gasmotoren und brüllende Winderhitzer hindurch, um schließlich von Hochofenarbeitern abgestochen zu werden.

Die Werksleitung veranlaßte, daß von dem Hochofenabstich diesmal nicht nur eine Probe ins Laboratorium wanderte. Eine andere Probe wurde vielmehr zu einem kleinen eisernen Block ausgegossen. In diesen Block wurde der Name des Unglücklichen und sein Todestag eingegossen. Der Block wurde in einen Sarg gelegt und einige Tage später in feierlicher Weise und unter den üblichen Zeremonien auf dem katholischen Friedhof in Altstadt beigesetzt.

Zu dieser proletarischen Tragik bot die Leitung der Vereinigten Stahlwerke kürzlich ein strackes Gegenstück. Einem bekannten rheinischen Schriftsteller wurde der Besuch eines Hüttenwerkes gestattet unter der Voraussetzung, daß er alle Artikel vor der Veröffentlichung der obersten Firmenstelle vorlegen sollte. Auf dem Rundgange durch den Hüttenbetrieb sah der Schriftsteller natürlich auch etwas von der Lebensgefährlichkeit, der die Hüttenarbeiter ausgesetzt sind. Er vergaß nicht, dies in seinen Schilderungen zu vermerken. Die Zensurstelle der Vereinigten Stahlwerke hat daraufhin den Verfasser, diese Stellen zu streichen. Denn die Zahl der Unfälle sei infolge der überall durchgeführten Schutzmaßnahmen sehr stark zurückgegangen. Es erscheine unzweckmäßig, die Öffentlichkeit auf die ja in jedem Produktionsbetrieb bestehenden Unfallgefahren aufmerksam zu machen. Die Stahlwerke wollen also unbedingt vermeiden, daß vom schrecklichen Feuerschicksal der Hüttenarbeiter öffentlich berichtet wird. Vielleicht könnte dann die öffentliche Meinung Mitgefühl mit den Hüttenarbeitern bekommen.

Durch Zufall gelang es, von den „gefährlichen“ Stellen jener Manuskripte Kenntnis zu erhalten. Es sollte gestrichen werden:

In einem Aufsatz über den Hochofenbetrieb die Sätze, die fett gedruckt sind. In einem Aufsätze über den Walzwerksbetrieb die Worte und Sätze, die ebenfalls durch Fettdruck hervorgehoben sind. Also:

„Für die Hochofenarbeiter ist das seltene Feuerschauspiel aber keine Freude. Beim Abstich müssen die Schmelzer mit Geschick und Vorsicht den Ofen öffnen. Während des Abstiches muß mit langen Eisenstangen in der Bauchhöhle des feurigen Riesens herumgestochert werden, damit sich die Öffnung nicht verstopft. Mit Schutzkleidern und Gesichtsmasken ausgerüstet, stehen sie dann direkt in der Feuerlinie, in der Übergangzone zwischen Leben und Tod, von einem Flammenmeer und von Schwefelgestank bedroht. Im Winter haben sie schrofte Kälte im Rücken. Erkrankungen sind in dieser aufgewühlten Atmosphäre keine Seltenheit.“

„Der vorgewalzte Stab läuft nun zur Fertigwalze. Unter starken Verbrennungsercheinungen packt ein Walzer zuletzt den Kopf der schnell vorwärtsrasenden glühenden Schlange, so daß sie sich zunächst etwas bäumt und biegt. Dann dreht sich der Walzer schnell herum und steckt den feurigen Kopf in das letzte Kaliber hinein. Achzend streckt sich der Schlangenleib, bis daß er ganz in der Maschine verschwunden ist. Diese Arbeit ist wohl beinahe die gefährlichste im ganzen Hüttenwerk. Die Leute mit der Zange wissen: Ein Fehlgrieff bringt Verderben und Tod! Entsetzliche Verbrennungen und Verstümmelungen sind keine Seltenheit.“

Diese einfachen Wahrheiten und ihre sozialpolitische Tragweite will das schwerindustrielle Kapital, wie Figura zeigt, unterdrücken. Von der schweren Lage des Hüttenproletariats soll nichts in der Öffentlichkeit bekannt werden.

### Berichtigung

In Nummer 47 brachten wir unter der Überschrift: Nationaler Sozialismus ist da, eine Kennzeichnung des nationalsozialistischen Würdenträgers F. Kiehn in Trossingen. Hierauf läßt uns der Herr durch einen Rechtsanwalt folgende Berichtigung schreiben:

1. Es ist nicht wahr, daß ich die Gewinnbeteiligung in meinem Betrieb beschäftigten Arbeiter nur als Reklametrick eingeführt habe. Wahr dagegen ist, daß die Gewinnbeteiligung sämtlicher Arbeiter in meinem Betrieb entsprechend dem Anschlag durchgeführt wird.
2. Es ist nicht wahr, daß ich mich verpflichtet habe, den Api-Vertrag einzuhalten und daß ich mich in meinem Betrieb an keinen Tarif halte. Wahr dagegen ist, daß sämtliche in meinem Betrieb beschäftigten Arbeiter nach dem Tarif der Harmonikaindustrie entlohnt werden, weil dieser Tarif in Trossingen mit der weltbekanntesten Harmonikaindustrie zweckmäßig ist. Der Harmonikatarif liegt nicht unter dem Reichstarif für die papierverarbeitende Industrie (Api-Vertrag).
3. Es ist nicht wahr, daß in meinem Betrieb Überstundenzuschläge nicht bezahlt werden. Wahr dagegen ist, daß im Jahre 1931 für geleistete Überstunden tarifmäßige Zuschläge bezahlt wurden.
4. Es ist nicht wahr, daß ich einen Maybach-Wagen besitze. Wahr dagegen ist, daß ich noch nie in einem Maybach-Wagen gesessen bin.
5. Es ist nicht wahr, daß ich am Bodensee einen Sommersitz besitze. Wahr dagegen ist, daß ich überhaupt keinen Sommersitz habe.

Bekanntlich müssen preßgesetzliche Berichtigungen aufgenommen werden, auch wenn ihr Inhalt nicht den Tatsachen entspricht. Wir müssen es unserm Mitarbeiter überlassen, darauf zu antworten.

# Das ist der Wohlfahrtsstaat

## Zahl und Unterstützung der Arbeitslosen

Ende August dieses Jahres zählten die Arbeitsämter rund 5,2 Millionen Arbeitslose. Davon waren weniger als 700 000 von der Arbeitslosenversicherung unterstützt, weitere 1,3 Millionen bezogen die Unterstützung bei der Krisenfürsorge. Von den übrigen 3,2 Millionen wurden 2 Millionen als Wohlfahrts-erwerbslose von den Gemeinden betreut, während 1,2 Millionen ohne jede öffentliche Unterstützung ihrem Schicksal überlassen blieben. In Wirklichkeit war die Zahl der nicht-unterstützten Arbeitslosen noch höher. Dieser Gruppe sind nämlich noch die Erwerbslosen zuzurechnen, die in den Listen der Arbeitsämter nicht geführt werden. Das Heer dieser unsichtbaren Arbeitslosen war Ende August auf etwa 2,3 bis 2,4 Millionen Köpfe zu schätzen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen gliederte sich am Stichtag etwa wie folgt:

Hauptunterstützungsempfänger:	In Tausend	in vH
In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	697	9,2
In der Krisenfürsorge (Kru)	1295	17,1
Wohlfahrts-erwerbslose (We)	2030	26,7
<b>Nichtunterstützte Arbeitslose:</b>		
Bei den Arbeitsämtern	1202	15,8
Außerhalb der Arbeitsämter	2366	31,2
<b>Insgesamt:</b>	<b>7590</b>	<b>100,0</b>

Noch vor zwei Jahren war das Verhältnis völlig anders. Damals, Ende August 1930, gab es im Reich:

Hauptunterstützungsempfänger:	In Tausend	in vH
In der Arbeitslosenversicherung (Alu)	1507	40,2
In der Krisenfürsorge (Kru)	441	11,8
Wohlfahrts-erwerbslose (We)	541	14,4
<b>Nichtunterstützte Arbeitslose:</b>		
Bei den Arbeitsämtern	482	12,9
Außerhalb der Arbeitsämter	775	20,7
<b>Insgesamt:</b>	<b>3746</b>	<b>100,0</b>

Der Vergleich der Schichtung des Arbeitslosenheeres nach der Art der Unterstützung gegenwärtig und vor zwei Jahren gibt eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die deutschen Arbeiter vor der Entfaltung der Reaktion soziale Errungenschaften besessen hatten.

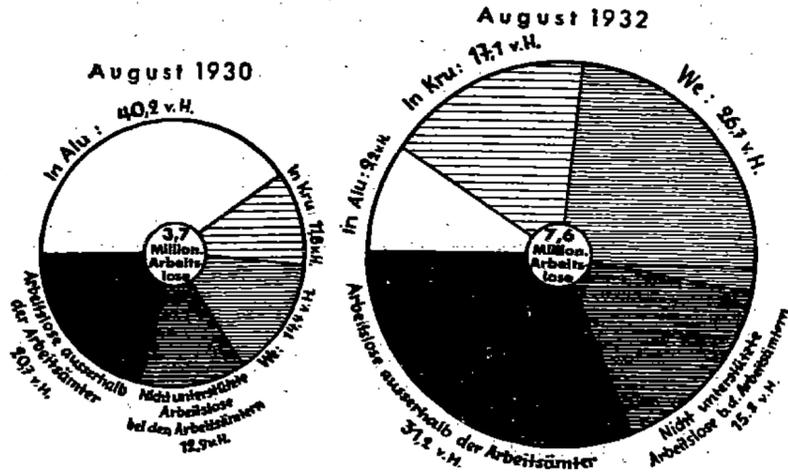
Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zurückgegangen, weil die Unterstützungsdauer durch die Notverordnungen gekürzt wurde, während die Dauer der Arbeitslosigkeit infolge der Krise angewachsen ist. Aber die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen blieben nicht lange bei der Krisenfürsorge, sie wurden weiter nach unten, zu den Wohlfahrts-ämtern, befördert. Im August 1930 zahlten die Alu und Kru zusammen Unterstützungen an 52 vH der Gesamtzahl der Arbeitslosen, im August 1932 leisteten sie unmittelbar Hilfe nur noch an 26,3 vH.

Unheimlich ist das Wachstum der Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen. Eine halbe Million im Sommer 1930, zwei Millionen im August dieses Jahres. Zugleich hat sich die Zahl der Nichtunterstützten beinahe verdreifacht. Sie ist von rund 1,3 Millionen auf 3,6 Millionen angewachsen.

Mit der Zuspitzung der Krise und dem Wachstum der Zahl der Arbeitslosen (obere Kurve des Diagramms) veränderte sich das politische Kraftverhältnis im Reiche zugunsten der Arbeiter, und diese Veränderung äußerte sich im Abbau

der Sozialversicherung. Die Zahl der Hauptunterstützten in der Alu (schwarze Stäbchen), anstatt mit der steigenden Not zu steigen, ging zurück; die Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kru (weiße Stäbchen) hielt nicht Schritt mit der emporenden Kurve der Arbeitslosigkeit, immer größer wurde der Teil des Arbeitslosenheeres, der auf die Wohlfahrts-erwerbslosen (fette senkrechte Linien) und Nichtunterstützten (dünne Linien oben) entfiel.

Aber auch die Lage der Arbeitslosen in jeder dieser fünf Gruppen ist in den letzten Jahren nicht unverändert geblieben. Mit der Verschärfung der Krise mußte der Staat Sparmaßnahmen ergreifen, und es wurde zuerst bei den Arbeitslosen gespart. Der Kürzung der Unterstützungssätze in den einzelnen



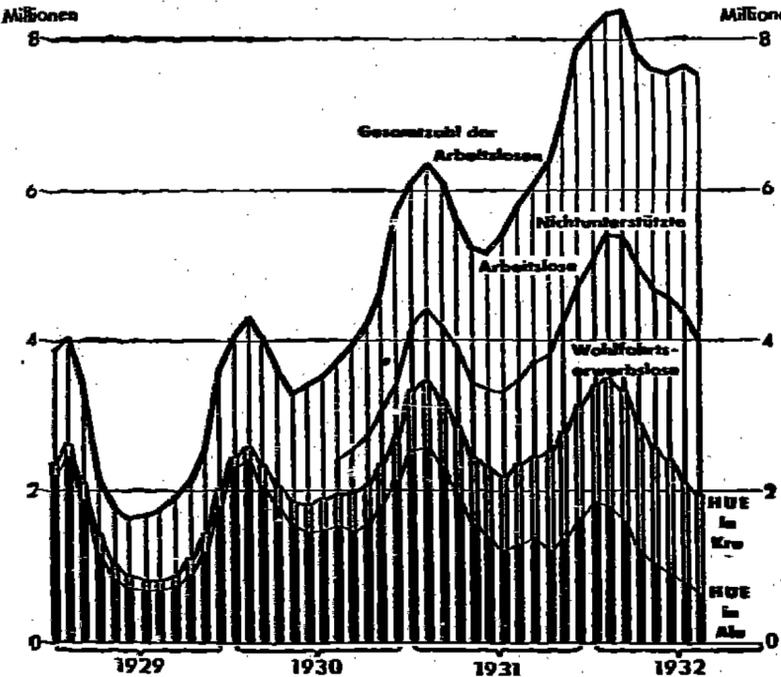
Lohnklassen gesellte sich der Abstieg der meisten Arbeiter von den oberen Lohnklassen in die unteren — zwangsläufige Folge des Lohnabbaus.

Ein Arbeiter, der im Jahre 1930 im Durchschnitt 48 M in der Woche verdient hat, erhält jetzt — solange er beschäftigt ist — kaum mehr als 36 M (am häufigsten noch weniger). Im Falle der Arbeitslosigkeit hatte er im Jahre 1930 von der Arbeitslosenversicherung eine wöchentliche Hauptunterstützung von 15,75 M mit einem Familienzuschlag von 2,25 M je weiteres Familienmitglied bezogen. Seit August 1932 kann er (beim Wochenverdienst von 36 M) nur eine Hauptunterstützung von 6— bis 8,40 M (je nach der Ortsklasse) beanspruchen, während sein Familienzuschlag zwischen 1,50 M und 1,80 M je Familienmitglied schwankt. Die Unterstützungssätze in der Alu sind also tatsächlich etwa auf die Hälfte gekürzt worden, und es ist nur die privilegierte Minderheit der Arbeitslosen (etwa 9 vH), die die Unterstützung bei der Alu bezieht.

Allerdings fällt nach der Juni-Notverordnung der Unterschied zwischen dieser Minderheit und den übrigen Arbeitslosen nicht mehr schwer ins Gewicht: Die Gliederung nach den Lohnklassen (das heißt nach der Höhe der Beiträge, die der Arbeiter an die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat) wird nur für die ersten sechs Wochen der Unterstützung zugunsten der Arbeitslosen berücksichtigt. Dann tritt die Bedürftigkeitsprüfung in Kraft und der Arbeitslose, obwohl er seine Unterstützung weitere 14 Wochen von der Alu bezieht, wird im besten Falle den Wohlfahrts-erwerbslosen gleichgestellt.

Die Wohlfahrts-erwerbslosen bilden bisher die niedrigste Schicht der unterstützten Arbeitslosen. Die jüngsten Notverordnungen haben auch in dieser Hinsicht eine neue Lage geschaffen. In den Winter werden die Hauptunterstützungsempfänger in der Kru und etwa 70 vH der Arbeitslosen in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. Im großen und ganzen aber waren sie bisher nicht höher als die unteren Sätze der Arbeitslosenversicherung. Dieses Verhältnis hat sich wahrscheinlich nicht stark geändert. Es ist daher anzunehmen, daß im Durchschnitt alleinstehende Wohlfahrts-erwerbslose in den meisten Gemeinden nicht mehr als etwa 5 bis 6 M in der Woche, oder 70 bis 95 Pf. den Tag, erhalten. Wie ein Mensch damit leben kann, ist seine Sorge; der Staat kümmert sich darum nicht.

Ein großer Teil der Arbeitslosen bekommt aber überhaupt keine öffentliche Unterstützung. Die Arbeitsämter zählten Ende August 1 202 000 nichtunterstützte Arbeitslose; wir haben uns aber überzeugen können, daß es neben ihnen noch etwa 2,3 bis 2,4 Millionen unsichtbare Arbeitslose gibt. Über die Lebensbedingungen dieser Menschen wird keine Statistik geführt.



## Schriftenschau

Das Werk. Erfahrungen und Überlegungen aus zehnjähriger Betriebsratspraxis von Adolf Dünnebacke. Preis für Verbandskollegen kart. 1 M, geb. 1,50 M. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Der Verfasser führt uns hinter die Mauern des industriellen Großbetriebes, in dem er selbst zehn Jahre lang als Arbeiterbetriebsrat gestanden und das stete Ringen zur Hebung der sozialen Lage des Lohnarbeiters geführt hat. Das Buch gibt einen Überblick über den Aufgabenkreis, der dem Betriebsrat durch das Gesetz gezogen ist, und den maßlosen Schwierigkeiten, mit denen er stündlich zu kämpfen hat. Der Verfasser sieht das Werk und seine Arbeiter mit den Augen eines suchenden Sozialisten. Kritisch prüft er das Mitbestimmungsrecht im Werk und die Mitwirkung der Betriebsvertretung bei der Unfallverhütung und dem Gesundheitsschutz. Ein besonderer Abschnitt ist dem Ringen um die Seele des Arbeiters gewidmet. Den Abschluß bilden Betrachtungen über die soziale Betriebsordnung. Das Buch stellt eine wertvolle Bereicherung der zeitgemäßen Arbeiterliteratur dar.

Revolution durch Technik. Von Coudenhove-Kalergie. Paneuropa-Verlag, Wien-Leipzig-Berlin. Preis 2,20 M, in Ganzleinen gebunden 3,80 M. — Daß die sozialen und politischen Zeitfragen, welche die Zukunft Europas bedrohen, nur durch ihre Anpassung an die Fortschritte der Technik eine wirkliche Lösung erfahren können, findet hier ihre Bestätigung. Darüber hinaus bedeutet diese Schrift eine Warnung an den Mißbrauch der Technik durch gestrige politische Gewohnheiten. Die Warnung wird ergänzt durch die positiven Richtlinien einer dem hohen geistigen Sinne der technischen Weltwende des 20. Jahrhunderts entsprechenden idealistischen Weltanschauung.

Kampf um die Macht. Von Gregor Bienstock. Eine Betrachtung zur neuen Politik der Sozialdemokratie. Preis 10 Pf. Laub'sche Verlagsbuchhandlung GmbH, Berlin W 30.

Sämtliche hier besprochenen Bücher können durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155, bezogen werden.



## 280 000 Weihnachtspakete

wurden im letzten Jahre bei mir bestellt!

### Ungeheure Nachfrage

(auch in diesem Jahre!)

Wollen Sie noch so billige und gute Waren, dann bestellen Sie sofort!

**Gültig nur bis Weihnachten 1932!**  
Keine Abgabe an Wiederverkäufer!

- | Nr. | Artikel   | Preis |
|-----|---|-------|
| 61  | Borchanstoffe (sog. Gardinen), Indus-triefertig, gestreift, durchsichtig gewebt, etwas geringere Sorte 70 cm breit u. 2,50 Mtr.   | -10   |
| 62  | Samtwolltuch, ungebleicht, gute, besonders reißfeste Sorte, für sehr haltbare Tischdecken 78 cm breit u. 2,50 Mtr.  | -25   |
| 63  | Samtwolltuch, ungebleicht, besonders feste, fast unzerstörbare Qualität für strapazierbare Bettdecken usw. 140 cm breit u. 2,50 Mtr.  | -65   |
| 64  | Hemdenflanell, fast unzerstörbar, aber auch haltbare Qualität, mit garantiert wachsenden Streifenmustern 78 cm breit u. 2,50 Mtr.   | -25   |
| 65  | Hemdenflanell, feine, feinfärbige, fast unzerstörbare Qualität, mit garantiert wachsenden Streifenmustern, 80 cm breit u. 2,50 Mtr.   | -33   |
| 66  | Weißes Hemdentuch, farblos, mittelgroße, feinfärbige Qualität, für bessere Tisch- und Bettwäsche, 80 cm breit u. 2,50 Mtr.  | -34   |
| 67  | Hemdenjerse, sehr gute, mittelfarbige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gebeltem, mittelfarbigem Muster, garantiert wachsend, 80 cm breit u. 2,50 Mtr.  | -34   |
| 68  | Handtaschentuch, haltige Strapazierware, 45 cm breit u. 2,50 Mtr.   | -26   |
| 69  | Tischtücher, solide, haltbare Sorte 45 x 45 cm per Stück  | -10   |
| 70  | Tischtücher, feine Strapazierware, bewährte Qualität, 85 x 85 cm . . . per Stück  | -20   |
| 71  | Stoffhandtücher, aus vorzüglichem, chem. Kräftstoff, mit schönen, eingewebten Mustern, weiche angenehme Sorte, 45 x 100 cm per Stück  | -55   |
| 72  | Taschentücher, mit weißem Stoff, gute, besonders feine, schöne Sorte, 35 x 35 cm, per 1/2 Duzend  | -61   |
| 73  | Taschentücher, mit weißem Grund, farbigen Rauten, elegantes Dessertuch, 45 x 45 cm per 1/2 Duzend   | 1.25  |
| 74  | Schlafbeden, lamellenartig, schwere strapazierbare Sorte, aus solchem Material, daher haltbare, weiche, warme Qualität, Größe 130 x 190 cm per Stück  | 2.70  |
| 75  | Weißes Hemdentuch, mittelgroße, feinfärbige, durchsichtige Qualität, ohne Appretur hergestellt, jedoch mitunter nicht vollkommen rein gebleicht. Da diese Qualität ganz appetitlich ist, wird sie bei der Bekleidung normaler Leute, aber auch bei der Bekleidung für gute, sehr haltbare Tischdecken zu verwenden. Die nicht vollkommen reinen Stellen, welche kaum bemerkbar sind, lassen sich durch Waschen beseitigen lassen. 80 cm breit | -20   |

Angenehm vorzuziehen!

**Weiße Hemdentuch**, mittelgroße, feinfärbige, durchsichtige Qualität, ohne Appretur hergestellt, jedoch mitunter nicht vollkommen rein gebleicht. Da diese Qualität ganz appetitlich ist, wird sie bei der Bekleidung normaler Leute, aber auch bei der Bekleidung für gute, sehr haltbare Tischdecken zu verwenden. Die nicht vollkommen reinen Stellen, welche kaum bemerkbar sind, lassen sich durch Waschen beseitigen lassen. 80 cm breit

Wachnahmepreis per Meter nur 20 Pfennig an jedem Wäschebauer!

Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Paket eine hübsche, gutgehende Glanduhr beigelegt. Auf Wunsch werden statt der Glanduhr 21. 1.10 in bar vergütet, welcher Betrag an der Rechnung in Abzug gebracht wird.

Besand erfolgt per Nachnahme von 21. 10.— an; vorzeitige Lieferung von 21. 20.— an.

Reine Garantie: Bei durchsichtiger Überprüfung jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Rückerstattung bei nicht angelegtem Betrag.

**Josef Witt, Welden 84 (Opl.)**  
4400 Arbeiter und Angestellte  
in eigenen Fabriken und der Fernfabrikation.

**Harnsäure- und Stoffwechselkrankheiten.** Gicht, Rheuma, Jodmangel, Nierenkrankheiten, Gelenksentzündungen, Hauterkrankungen, Bluthochdruck, Diabetes, etc. **Dr. J. Broedel**, Hamburg, Hof 12, Platz.

Man fertigt sich alles selbst durch die achtsame Lesung der Kat. gratis. **J. Broedel**, Hamburg, Hof 12, Platz.

In 5 Minuten **Nichtraucher** Das größte Wunder! Edig gerast. In jedem Laden. A. Müller & Co., Pflanzstr. 11, Hamburg.

**Arbeitsanzüge** **MERGLER & CO.** WÜRZBURG 104

**Alle Metallarbeiter** die sich auf technischem Gebiete weiter fortbilden wollen, lesen die **„ENERGIE“**

**Geschenke** **Sigurd-Gesellschaft** **Kopier 439**

**Kollegen!** Lest die neue **Betriebsrats-Zeitschrift** **Kauft bei den Inserenten unseres Blattes**